

**EVANGELISCHE AKADEMIE
ABT JERUSALEM**

Theologisches Zentrum Braunschweig

DOKUMENTE

03

**1913: JUBELJAHR? - TRUBELJAHR? DAS ENDE
DES HERZOGTUMS BRAUNSCHWEIG-LÜNEBURG**

DOKUMENTE

03

**1913: JUBELJAHR? - TRUBELJAHR? DAS ENDE
DES HERZOGTUMS BRAUNSCHWEIG-LÜNEBURG**

EDITORIAL

1913: JUBELJAHR? - TRUBELJAHR?

DAS ENDE DES HERZOGTUMS BRAUNSCHWEIG-LÜNEBURG

Dieter Rammler

Vielfach wurde aus Anlass des hundertjährigen Gedenkens auch in Braunschweig das Vorkriegsjahr 1913 in den Blickpunkt des Interesses gerückt. Was ging 1913 vor? Wie bahnte sich der Erste Weltkrieg an, in dessen Gefolge sich die Koordinaten der europäischen und deutschen Geschichte dramatisch verschoben? Mittendrin das kleine Herzogtum Braunschweig, dessen junges Herzogspaar gerade noch hochbejubelt wurde, obwohl die tiefen Risse und Polarisierungen im politischen System schon sichtbar waren. Was 1913 äußerlich als Rettung des selbständigen Herzogtums bejubelt und gefeiert wurde, die Wiederbesetzung des vakanten Thrones mit dem Welfenprinzen Ernst August von Hannover infolge seiner Hochzeit mit der Kaisertochter Victoria Luise von Preußen, erwies sich sehr bald als der Anfang seines wenig glanzvollen Endes durch den Ersten Weltkrieg und die Revolution 1918.

Die Evangelische Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig hat diesen Ereignissen und ihrer Bewertung eine kleine historische Reihe gewidmet, die ein außerordentliches öffentliches Interesse fand. Das Konzept und die Ausgestaltung der Reihe wurden verantwortet von den Historikern Prof. Dr. Ernst August Roloff, Pf. i.R. Dietrich Kuessner und Dr. Hans Ulrich Ludwig. Ihnen gebührt herzlicher Dank. Als ausgewiesene Kenner der Landesgeschichte greifen sie in ihren Beiträgen die politischen, sozialen und kulturellen Verwerfungen in den letzten 100 Jahren des Landes auf. Ihre Vorträge sind hier dokumentiert. Die Veranstaltungsreihe gestaltete sich besonders lebhaft, weil es sich die Referenten zur Aufgabe gemacht hatten, bei allen drei Veranstaltungen anwesend zu sein und die zu Gehör gebrachten Standpunkte miteinander und mit dem Publikum zu diskutieren. Ihre Einwürfe und Anfragen an die jeweils andere Position sind jeweils im Anschluss an die Vorträge wiedergegeben.

Die kleine Reihe der historischen Vorträge wird durch die Genannten über Fragestellungen, die sich rund um das Erinnerungsjahr 1914 stellen, im kommenden März fortgesetzt.

„Dokumente“ erscheint in lockerer Folge mit Beiträgen aus der Arbeit der Evangelischen Akademie Abt Jerusalem und dem Theologischen Zentrum in Braunschweig. Zu bestellen im Sekretariat des Theologischen Zentrums:

Alter Zeughof 1
38100 Braunschweig
Tel.: 0531-120540
Mail: sekretariat.thz@lk-bs.de

www.abt-jerusalem-akademie.de.

INHALT

2 EDITORIAL

1913: Jubeljahr? - Trubeljahr?

Das Ende des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg

Dieter Rammler

6 1913/1914 - EIN BLICK AUF DIE EVANGELISCHE KIRCHE

Eröffnung der historischen Reihe durch Landesbischof

Prof. Dr. Friedrich Weber, Vorsitzender des Konvents der

Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig

10 LIBERAL - NATIONAL - PROTESTANTISCH

Das braunschweigische Bürgertum und die evangelisch-lutherische

Landeskirche zwischen Befreiungskrieg und Nationalsozialismus

Vortrag von Prof. Dr. Ernst-August Roloff am 11.09. 2013 in der

Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig

25 EINWÜRFE ZUM ROLOFFVORTRAG VON KUESSNER UND LUDEWIG

27 RESIDENZSCHLOSS UND ROTES SCHLOSS

Vortrag von von Dr. Hans Ulrich Ludewig am 18.09.2013 in der
Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig

42 EINWÜRFE ZUM LUDEWIGVORTRAG VON KUESSNER UND ROLOFF

45 DER HOF UND SEIN STAATSDOM

Vortrag von Dietrich Kuessner am 25. 09. 2013 in der
Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig

65 EINWÜRFE ZUM KUESSNERVORTRAG VON ROLOFF UND LUDEWIG

1913/1914 - EIN BLICK AUF DIE EVANGELISCHE KIRCHE

**Eröffnung der historischen Reihe durch Landesbischof Prof. Dr. Friedrich Weber,
Vorsitzender des Konvents der Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in
Braunschweig**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
viele Kontexte könnte ich beschreiben, in denen das Jahr 1913 zu verorten wäre. Ich will nur einen beschreiben, der den Bezug zur evangelischen Kirche und zur Ökumene herstellt und geleitet ist vom Wort der Bergpredigt: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Matth 5,9).

Im militaristischen Getümmel jener Jahre haben einige einen anderen Ton angeschlagen: Sie luden bereits 1908 ein zur ökumenischen Friedensfahrt der Deutschen nach England und Schottland und zum Gegenbesuch im folgenden Jahr. Der Anfang war gemacht, aber waren die Bemühungen nicht erfolglos? War die 1910 in Edinburgh geschlossene British-German Friendship, war Friedrich Siegmund-Schultzes Einsatz für eine ökumenisch-erweckliche Frömmigkeit nicht vergebens?

Man kann das so sehen. 1914 brach der 1. Weltkrieg aus, Christen töteten Christen, auch die Kirchen diesseits und jenseits des Kanals beschuldigten sich gegenseitig der Kriegshetze. Von Friedens- und Versöhnungswillen war nichts mehr zu erkennen.

Aber neben den großen, unser Denken und viele Jahrzehnte auch die Einstellungen bestimmenden Geschichten gibt es auch die anderen. Sie erzählen davon, dass einzelne Menschen nicht nachgelassen haben, dem Wort Jesu zu folgen, das den Friedfertigen Seligkeit und Gotteskindschaft zuspricht. Denn genau am 1.8.1914 - dem Tag des Kriegsausbruchs - begann die erste internationale ökumenisch besetzte Konferenz zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern in Konstanz mit einem Gebetsgottesdienst. 80 Delegierte aus 12 Nationen und 30 Konfessionen - fast die Hälfte der Angemeldeten - erreichten den Tagungsort. Freikirchler und Menschen aus den Landeskirchen. Hier wurde für den Frieden gebetet, Drumherum Mobilmachung und kriegerische Begeisterung. Dass sich Siegmund-Schultze und der englische Quäker Henry Hodgkins dann beim Abschied in die Hand versprachen, Krieg

und Gewalt nicht zu rechtfertigen und sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen, wurde im Kanonendonner und später in den mörderischen Kämpfen nicht mehr gehört, aber es blieb gesagt, es blieb als Verpflichtung. Ich bin denen, die 1908 zum ersten Mal auszogen, um ihren Glauben gemeinsam zu bezeugen, unendlich dankbar. Sie haben in einer Zeit nationalstaatlichen Denkens, das auch in Kirche und Theologie seinen Ort hatte, nach dem Frieden gefragt, der aus dem Glauben kommt und sich nicht auf eine Nation, ein Volk, eine Religion begrenzt.

Die andere Wirklichkeit der Kirche aber ist sehr viel bestimmender. Die Kirche wird in den Jahren 1913/14 äußerlich noch vom sogenannten landesherrlichen Kirchenregiment mitbestimmt. Damit wird die enge Verbindung von „Thron und Altar“ angesprochen, durch die die Landesherrn als „Notbischöfe“ - in den evangelischen Regionen gab es ja keine Bischöfe mehr - aus dem aus der Reformation erwachsenen Recht großen Einfluss auf die kirchliche Gesetzgebung, die Besetzung kirchlicher Ämter sowie die Kontrolle der kirchlichen Finanz- und Vermögensverwaltung übernommen hatten. Teilweise übertrugen Landesherrn diese Rechte auf besondere Kirchenbehörden, die Konsistorien. Nach 1848 war es allerdings in vielen Gebieten Deutschlands zu einer allmählichen Verselbständigung der kirchlichen Organisation gegenüber dem Staat gekommen. Bei den Funktionen, die der Landesherr im kirchlichen Bereich ausübte, unterschied man genau „zwischen dem ihm als Landesherrn zustehenden Aufsichtsrechten der Kirchenhoheit und der ihm nicht kraft Souveränität, sondern auf Grund von ‚Übertragung‘ ausgeübten Kirchengewalt. Aus der Unterscheidung folgte das Verbot der Verschmelzung kirchlicher und staatlicher Verwaltung. Tatsächlich brachte die Konsistorialverfassung die Rechtslage angemessen zum Ausdruck: Konsistorien fungierten zwar als landesherrliche Einrichtungen, sie waren aber aus der allgemeinen Behördenhierarchie ausgegliedert. ... Schließlich blieben im kirchlichen Bereich - im Gegensatz zum allgemeinen staatlichen Gewaltverhältnis - gemeindliche Mitwirkungsrechte in Kraft.“¹

Mit eben dieser Situation haben wir es 1913/14 im Herzogtum zu tun. Das Konsistorium hat seinen Sitz in Wolfenbüttel - übrigens bis heute der Sitz des Landeskirchen-

1 von Campenhausen, Axel, Staatskirchenrecht, 3. Aufl., München 1996, 23f

amtes und des Landesbischofs. In dieser Zeit ist eine geistige Haltung erkennbar, „die sich gegen die Aufklärung, gegen den westeuropäischen Rationalismus und gegen die eigene selbstgenügsam-optimistische Lebens- und Weltdeutung des Bürgertums richtete. Im ‚deutschen Geist‘ vom August 1914 kulminierte diese ältere deutsch-nationale Gesinnung, die sich besonders im Protestantismus ausgebreitet hatte“² und den Theologen und Philosophen Ernst Troeltsch im Blick auf den 1914 begonnenen Krieg 1915 aussprechen ließ: „Unter diesem ungeheuren Druck schmolz das deutsche Volk zu jener unbeschreiblichen Einheit des Opfers, der Brüderlichkeit, des Glaubens und der Siegesgewissheit zusammen, die das gewaltige Erlebnis jenes unvergesslichen August war und es bis heute noch ist.“³ Aber die Situation ist ambivalent, während 93 Gelehrte mit dem „Aufruf an die Kulturwelt“ den Militarismus bejahten, hatte es bereits 1913 einen von 395 Theologen unterzeichneten Aufruf „Für den Völkerfrieden“ gegeben. Andererseits waren Theologen wie der spätere bedeutende Lutherforscher Paul Althaus oder Reinhold Seeberg intensiv an dem Entwurf einer theologisch-philosophischen Ideologie beteiligt, in der es auch um die Ausarbeitung aggressiver Kriegsziele und die Entwicklung einer Theologie des „Heldengottes“ ging. Aber es gab auch die anderen, wie Martin Rade, der bereits im September 1914 den Krieg als „Bankrott der Christenheit“ bezeichnete.

Einhellig war die Stimmung jedenfalls nicht, Vom Leipziger Theologen Georg Liebster wird berichtet, dass er bei Kriegsbeginn eine tiefe Erschütterung und trübste Stimmung konstatierte. Auch weigerte er sich, bei Kriegsbeginn der Anordnung zu folgen, für den Sieg der deutschen Waffen zu beten.⁴ Die Begeisterung der ins Feld ziehenden jungen Männer, kriegserfahrener Haudegen und zahlreicher Studenten, die bisher verbunden mit dem Jubel der Intellektuellen als das Bild prägend beschrieben und aufgenommen wurde, ist – so hat es die Forschung der letzten Jahre gezeigt – nur die eine Seite.

Auch im Braunschweiger Land gab es im Sommer 1914 keine „Augustbegeisterung“. Das Gegenteil war eher bestimmend: Keine Mutter ließ gerne oder gar begeistert ihren

2 Sommer, Wolfgang/Klahr, Detlef, Kirchengeschichtliches Kompendium, 2. Aufl., Göttingen 1997, 253f

3 Kranich, Sebastian, Der Gott der feldgrauen Männer, in: Zeitzeichen 2/2013, 42

4 Kranich, a.a.O., 43

Sohn oder/und Ehemann in den Krieg ziehen. Natürlich fanden die zu solchen Anlässen üblichen Bußgottesdienste vor dem Einrücken in die Kasernen und dem Ausrücken ins Feld statt. Sie waren von der Vorstellung des im „gerechten Krieg“ kämpfenden „reinen“ Soldaten bestimmt. Die Devise eines gerechten Verteidigungskrieges lässt übrigens die Parteien einen „Burgfrieden“ schließen. Selbst die Sozialdemokratie bewilligt die Kriegskredite. Der Bewegungskrieg wird mit dem Überfall auf Belgien im Westen eröffnet. Im Herbst allerdings kommt der deutsche Vormarsch in der Schlacht an der Marne zum Stehen. Der sich anschließende jahrelange Stellungskrieg vor Verdun, in Nordfrankreich und in Flandern fordert das Leben von Millionen Soldaten. In den Gebetsempfehlungen des Wolfenbütteler Konsistoriums für die Gemeinden war folgerichtig vor allem vom Elend des Krieges die Rede. Von einem grundsätzlichen Nein der Kirche zum Krieg kann allerdings auch nicht die Rede sein.⁵

Schaut man in die Pfarramtschroniken in den Dörfern und Städten jener Zeit, dann spiegeln die wenig von Jubel, wohl aber von großer Ergebenheit in die obrigkeitliche Führung, die als Gottes Führung verstanden wird, wider. Die Hoffnung auf eine durch das Elend des Krieges ausgelöste neue Hinwendung zum Gottesdienst der Gemeinde ist enttäuscht, andererseits ist die diakonische Begleitung der unter der Abwesenheit der Haupternährer Leidenden umfänglich, ebenso die Fürsorge für die Soldaten. Betstunden und Bittgottesdienste fanden offenbar in allen Gemeinden statt. Und überall wird gegen Ende des Jahres 1914 das siegreiche Kriegsende erwartet.

Von Beteiligung an kirchlicher Friedensinitiative berichten die eingesehenen Quellen leider nichts. Aber es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Ernst Troeltsch bereits im Juni 1915 seine bisherige Haltung korrigierte und nun meint, dass die Kirchen gegen Realpolitiker und Kriegsphilosophen am Gebot der Feindesliebe hätten festhalten müssen und sich für Versöhnung statt für militaristische Antworten auf politische Probleme hätten einsetzen müssen.⁶

Dem ist nichts hinzuzufügen.

5 Küssner, Dietrich, Die Braunschweigische Landeskirche im 20. Jahrhundert, in: Von der Taufe der Sachsen zur Kirche in Niedersachsen. Geschichte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, hg. von Friedrich Weber, Birgit Hoffmann, Hans-Jürgen Engelking, Braunschweig 2010, 349-360

6 Kranich, a.a.O., 43

LIBERAL - NATIONAL - PROTESTANTISCH

**Das braunschweigische Bürgertum und die evangelisch-lutherische
Landeskirche zwischen Befreiungskrieg und Nationalsozialismus
Prof. Dr. Ernst-August Roloff**

Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Forschungsstand, der in der von Horst Rüdiger Jarck und Gerhard Schildt herausgegebenen „Braunschweigische(n) Landesgeschichte“ (2000) dokumentiert ist durch die Beiträge von Ulrike Strauss, Karl-Heinrich Kaufhold, Gerhard Schildt und Klaus-Erich Pollmann sowie in meinen 2 Bänden „100 Jahre Bürgertum in Braunschweig“ (1985/87). In dieser Vortragsfassung verzichte ich daher auf Einzelzitate.

Einleitung

Jubeljahr 1913? Kaiser Wilhelm II. inszenierte in diesem Jahre höchstpersönlich drei prächtige Jubelfeiern, denen er eine internationale Bedeutung zumaß: im Mai die Hochzeit seiner Tochter Victoria Luise mit dem Welfenprinzen Ernst August von Hannover, im Juni sein 25jähriges Regierungsjubiläum, mit dem er sich als Friedenskaiser preisen ließ, und - das Wichtigste - im Oktober die Einweihung des grandiosen Denkmals zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig 1813.

Mit der Befreiung von der Herrschaft Napoleons begann die Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches unter der Vorherrschaft Preußens, das 1871 in Versailles begann und dort 1919 endete. Es ist zugleich das letzte Kapitel der Geschichte des Herzogtums Braunschweig (-Lüneburg). Ich stelle ihm ein Wort des nach Lessing bedeutendsten Aufklärer Braunschweigs Joachim Heinrich Campe (1804) voran: „Ich schätze mich nach allem, was ich im Auslande gesehen und bemerkt habe, recht sehr glücklich, ein Deutscher, und zwar ein Braunschweigischer Deutscher zu sein.“

Anfänge des nationalen Liberalismus in Braunschweig

Die Schlacht von Jena und Auerstedt und der Tod des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand 1806 bedeuteten das vorläufige Ende des Herzogtums. Während der Zeit der französischen Besatzung erhielt die Stadt im Zuge einer Justiz- und Verwaltungsreform eine Munizipalverfassung, die die Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung als Gegengewicht gegen die Macht der Landesherren wurde.

Auch im Bildungs- und Besitzbürgertum Braunschweigs und sogar unter den herrschenden Adligen setzten sich liberale Prinzipien der Französischen Revolution durch:

- Abschaffung von Standesprivilegien des Adels, u.a. der Leibeigenschaft
- Gewerbefreiheit und freie Berufswahl
- Gleichstellung aller Religionen einschl. Emanzipation der Juden
- Kommunale Selbstverwaltung
- Justiz als unabhängige Staatsgewalt (Rechtsstaat).

Hervorzuheben sind die Freiherren von Mahrenholz und Münchhausen, Carl Henneberg und ganz besonders Friedrich K. (von) Strombeck, deren Einfluss auf Justiz und Verwaltung die Franzosenzeit bis in die Regierungszeit Herzog Wilhelms überdauerte. Dass auf dem Wiener Kongress neben der territorialen Neuordnung vor allem zu Gunsten Preußens u.a. auch das kleine Herzogtum Braunschweig(-Lüneburg) wiederhergestellt wurde, verdankt es dem Einfluss Englands und der Tatsache, dass Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm im Kampf gegen Napoleon gefallen waren. Es wies folgende für seine Zukunft entscheidende Besonderheiten auf:

1. Die erhebliche territoriale Zerrissenheit und die geographische Heterogenität seiner einzelnen Teile zwischen Harz, Weserbergland und den Kernkreisen um Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt, seit 1866 eine Gruppe von größeren und kleineren Inseln im preußischen Meer. (Preußen umfasste mehr als 62 % der Fläche und 61 % der Bevölkerung des Deutschen Reiches, Braunschweig 0,78 % bzw. 0,8 %)
2. Es war seit der Reformation ein rein protestantisches Land, in dem Katholiken und Juden eine verschwindende und oft angefeindete Minderheit waren. So paradox es klingen mag: Dieser Umstand kompensierte die Nachteile der territorialen Zerrissenheit; denn er war der wesentliche Integrationsfaktor für die Bevölkerung und ihre Identifikation mit den Herzögen, für ein spezifisch braunschweigisches Nationalbe-

wusstsein, wie es Campe ausdrückte und noch heute anzutreffen ist in Braunschweig, Blankenburg, Holzminden und in Thedinghausen vor den Toren Bremens. Die Kirche mit dem Herzog als Landesbischof war Hauptträger der Kultur, von der Dorfschule bis zur Universität (Helmstedt), von den christlichen Feiertagen bis in den Alltag.

Das wiederum hatte politische Konsequenzen: Es gab de facto keine klare Trennung von Staat und Kirche, wie sie die Liberalen aller couleur forderten; und da die Geistlichkeit traditionell konservativ eingestellt war, waren Konflikte mit dem liberalen Bürgertum programmiert bis zur Revolution 1919 und auch noch danach.

Gravierender war die Folge, dass es wegen der verschwindend geringen Zahl von Katholiken im Lande zu keiner Zeit das ZENTRUM als politische Mitte gab, die während der Weimarer Republik bis 1933 über rechte bzw. linke Mehrheiten entschied.

3. Das Herzogtum hatte zum Zeitpunkt seiner Wiedererstehung keinen Herzog, da Friedrich Wilhelm gefallen und der Thronfolger zunächst noch unmündig war und sich dann als völlig unfähig erwies. Das aber war für das liberale Bürgertum besonders der Stadt eine sehr günstige Ausgangsposition im Kampf um Mitregierungsrechte, die es zu nutzen galt.



Im 18. Jahrhundert machten die absoluten Monarchen -wie in Rußland, Österreich, Frankreich und Preußen so auch in Braunschweig- das Handel- und Gewerbe treibende Bürgertum zum Fundament ihrer wirtschaftlichen Macht. Im 19. Jahrhundert übernahm dieses Bürgertum zielstrebig auch die politische Macht.

Das Herzogtum Braunschweig 1815 nach der Wiederherstellung auf dem Wiener Kongress

Das Bürgertum zwischen Restauration und Revolution 1815 - 1848

Die Besitzbürger der Stadt profitierten zunächst von der noch von Carl Wilhelm Ferdinand eingeleiteten Schleifung der voluminösen Festungsanlagen innerhalb des Okerumflutgrabens, errichteten auf den Wallpromenaden stattliche Bürgervillen, auf dem Löwenwall ein imposantes Monument für „ihre“ Freiheitshelden Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm und vor dem Steintore bei St. Leonhard ein Denkmal für die dort 1809 erschossenen Soldaten des Freikorps Schill: Bekenntnis zur Freiheit Deutschlands und zugleich zum autonomen Herzogtum Braunschweig!

Derweil regten sich im Bildungsbürgertum innovative Impulse in kultureller Hinsicht, z.B. der Versuch, das Herzogliche Hoftheater als „Nationaltheater auf Aktien“ aus dem fürstlichen Mäzenatentum in die Hand der Bürger zu überführen. Tatsächlich gelangen dem Theater unter der Leitung von August Klingemann überregional beachtete Leistungen wie die Uraufführung von Goethes „Faust“; das Freimaurertum entfaltete sich zu einer kulturellen Kraft, die Stadt gründete moderne Bürgerschulen und Realgymnasien sowie Höhere Mädchenschulen., allerdings nicht ohne eigene Interessen, nämlich der freien Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Potenzen.

Als 1830 der unfähige „Diamantenherzog“ Carl II. verjagt und durch seinen Bruder Wilhelm ersetzt wurde, gewährte dieser zum Dank dem Bürgertum eine für damalige Verhältnisse fortschrittliche „Allgemeine Städteordnung“; dieses revanchierte sich mit der Unterstützung der Bemühungen des Herzogs, die Selbständigkeit des Herzogtums der Welfen zu erhalten. Sichtbarer Ausdruck dieser Gemeinsamkeit war, neben den erwähnten Denkmälern, die Stiftung eines Ordens „Heinrich der Löwe“ 1834, der an Persönlichkeiten verliehen wurde, die sich um das Herzogtum (!) verdient gemacht hatten - übrigens bis zu seinem Ende 1918. Die Stifter beriefen sich dabei u.a. auf eine 1830 erschienene „Geschichte des deutschen Volkes“ von Heinrich Luden in der - im Gegensatz zu der bis dahin vorherrschenden negativen Beurteilung- Heinrich als Vorkämpfer einer nationaldeutschen Politik gelobt wurde, die Kaiser Friedrich zu Gunsten der „italienischen Leidenschaft“ der Staufer vernachlässigt habe. Erst nach der Revolution von 1848 erhielt diese scheinbar wissenschaftliche Kontroverse eine erhebliche politische Brisanz im ideologischen Streit zwischen Groß- und Kleindeut-

schen um die deutsche Einheit. Das Bürgertum in Braunschweig aber zeigte einstweilen das Bild des typischen Spießbürgers der Biedermeierzeit, wie es Heinrich Laube 1834 nach einem Besuch beschrieb:

„Braunschweig ist eine breite, stille Stadt, die auf ebenem Boden liegt, von Bäumen umkränzt und für viele junge Leute wenig geselligen Verkehr, wenig Societätsreiz bietet. Man ging vor `s Augustthor, Kegel schieben, sah nach den blauen Harzbergen, ging einen Akt lang in ´s Theater und machte des Nachts Gedichte.“

Man muss aber gerechterweise dagegen halten, dass es immerhin die Zeit war, in der sich mit Namen wie Vieweg und Westermann Braunschweigs Ruf als bedeutender Ort der Wissenschaft und der Literatur verband, ebenso wie mit dem Collegium Carolinum, das 1835 auf Betreiben braunschweiger Bürger mit zögerlicher Billigung des Herzogs erweitert und neu gegliedert wurde in eine merkantilistische, eine humanistische und eine technische Abteilung und damit den Weg zur modernen Technischen Universität beschriftet.

Den größten Schritt in die technische Zukunft machte Braunschweig mit der Errichtung der ersten deutschen Staatsbahn 1838, auch das weniger eine Leistung des Herzogs als des visionären Verkehrsexperten August Philipp von Amsberg. Aber gerade an der Entwicklung des Eisenbahnwesens erwies sich die Existenz des Kleinstaates Braunschweig als verhängnisvoll: Zwischen den großen Nachbarn Preußen und Hannover misslang die Einbindung Braunschweigs in das deutsche Eisenbahnnetz, weil die entscheidenden Ost-West- und Nord-Süd-Linien über Hannover liefen an Braunschweig vorbei, ein Standortnachteil bis heute. Aber auch das hat das relativ gute Einvernehmen zwischen Bürgertum und Herzog (noch) nicht belastet. So gingen die Kämpfe des deutschen Liberalismus im „Vormärz“ und die Revolution 1948 am Herzogtum Braunschweig vorüber

Zwischen Revolution und Reichsgründung 1849 - 1871

Der von Preußen unter seinem König Friedrich Wilhelm IV, eingeschlagene und später von Bismarck und Wilhelm I. vollendete Weg zur (klein-)deutschen Einheit wurde vom braunschweigischen Bürgertum begeistert, vom Herzog Wilhelm aber mit wachsen-

der Sorge vor Preußens Übermacht und Annexionswunsch unterstützt. So wurde Braunschweig zwar 1851 wieder Mitglied des erneuerten Deutschen Bundes, trat aber erst 1867 auf Drängen Bismarcks dem Norddeutschen Bunde bei, nachdem ihm der Fortbestand des Herzogtums feierlich zugesichert war.

Die Sorge Wilhelms und der Welfenparteien in Braunschweig wie in Hannover war mehr als berechtigt, hatte doch im Streit zwischen Klein- und Groß-Deutschen die unterschiedliche Bewertung Heinrichs des Löwen eine erhebliche Rolle gespielt.

Als Preußen 1866 Hannover annektierte, rechtfertigte Bismarck dies u.a. damit, dass die Welfen seit Heinrich dem Löwen, dem Rebellen gegen Kaiser und Reich, immer nur dynastische Eigeninteressen und nicht die Einheit des Reiches im Auge gehabt haben. Was dieses Urteil für Braunschweig bedeutete, wurde dem liberalen Bürgertum erst klar, als nach dem Tode des Herzogs 1884 auf Betreiben Preußens der Bundesrat den hannoverschen Welfen die Nachfolge verwehrte. Aber da war es auch für die braunschweiger Nationalliberalen zu spät, den Erhalt der Selbständigkeit des Herzogtums über das Bekenntnis zum neuen Deutschen Reich und seinem Kaiser zu stellen.

Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, dass ausgerechnet zu dieser Zeit die Stadt Braunschweig auf Initiative bedeutender Bildungsbürger wie Carl Schiller, Begründer des Städtischen Museums, Ludwig Hänselmann, Begründer des Stadtarchivs, des Oberbürgermeisters Caspari u.a. mit Spenden aus der Bürgerschaft ein neues Denkmal für Heinrich den Löwen errichten ließ. Es wurde 1873 auf der Weltausstellung in Wien gezeigt, preisgekrönt und danach auf dem Hagenmarkt aufgestellt - eine politische Demonstration und Provokation: Wir lassen uns unseren großen Heinrich und sein Land nicht nehmen, denn auch er war ein großer Deutscher, und zwar ein Braunschweigischer!

Ich bin der Zeit ein wenig vorausgeeilt, denn seit 1849 hatte das liberale Besitz- und Bildungsbürgertum wichtige Fortschritte durchgesetzt, vor allem beim Auf- und Ausbau eines modernen Bildungswesens, oft gegen den Widerstand des Herzogs, wie z.B. die Umwandlung des Collegium Carolinum in eine Polytechnische Schule (1862), die 1877 zum Polytechnicum angehoben wurde und einen repräsentativen Neubau erhielt- auf Betreiben vor allem von Constantin Uhde. Dagegen sind die stattlichen Neubauten des Hoftheaters am Steinweg (1861) und des Herzog-Anton-Ulrich-Muse-

ums (1887) den Verdiensten des Herzogs zuzurechnen, für die er als Standorte die schönsten Teile des herzoglichen Parks zwischen Stein- und Fallersleber Tor zur Verfügung stellte. Sie machen noch heute einen großen Teil der Bedeutung Braunschweigs als überregionales Kulturzentrum aus.

Sehr zögerlich gab der Herzog dem Drängen der Liberalen nach Reform der Kirchenverfassung nach. Zwar wurde bereits 1851 den Gemeidepastoren gewählte Kirchenvorstände zu- und teilweise auch übergeordnet, aber dem Herzog als Landesbischof erst 1871 (!) eine gewählte Landessynode. Damit war allerdings noch nicht die liberale Forderung der Trennung von Staat und Kirche vollzogen, zumal die Geistlichkeit durchweg konservativ war. An ihrem Widerstand war schon die radikale Schulreform des Aufklärers Joachim Heinrich Campe gescheitert, und auch jetzt ließ sie sich die Aufsicht über das Schulwesen nicht widerstandslos nehmen. Nun beruhte aber, wie einleitend gesagt, auf dem Protestantismus das spezifisch braunschweigische „National“bewusstsein, aber auch das preußisch-deutsche Nationalbewusstsein. und zwar in der neuen Lutherrezeption, die dann im Kulturkampf gegen den „ultramontanen“ d.h. reichsfeindlichen Katholizismus der Zentrumsparterie in politische Ideologie umgesetzt wurde. Aus diesem Grunde setzten Bürger des Herzogtums 1877 ausgerechnet auf dem Burgberg bei Bad Harzburg, wo Heinrich IV. weilte und Otto IV. starb, Bismarck ein Denkmal mit seinem Wort „Nach Canossa gehen wir nicht!“

So stellte sich das nationalliberale Bürgertum neben das konservative 1871 nahezu geschlossen hinter das 2. Deutsche Reich und den Kaiser.

Zwischen Reichsgründung und Revolution 1871 - 1918

Mit der Reichsgründung kam im Herzogtum Braunschweig die Industrialisierung erst richtig in Schwung, denn seine Wirtschaftskraft beruhte auf der engen Verflechtung zwischen der Landwirtschaft mit Getreide-, Zuckerrüben- sowie Obst- und Gemüseanbau und der modernen Technik und Industrie, besonders im Maschinenbau. Beide Bereiche korrespondierten eng mit den Natur- und Technikwissenschaften, die in der Technischen Hochschule ein überregional bedeutendes Zentrum fand. So entwickelte sich aus dem Besitzbürgertum eine neue Führungsschicht von Unternehmern, die u.a.

über die von ihnen gegründete Handelskammer auch einen maßgeblichen politischen Einfluss ausübten.

Beispielhaft seien genannt: Max Jüdel und Heinrich Büssing (Eisenbahn-Signal-Bauanstalt), Amme, Giesecke & Konegen (Maschinenbau), Wolters (Brauerei) sowie die Großkaufleute Hermann Schmidt, Carl Heimbs und Hermann Hauswaldt, der sog. Rote Kommerzienrat.

Sie alle gehörten der Nationalliberalen Partei an, denn: „Es war selbstverständlich, daß ein zurechnungsfähiger Mensch der nationalliberalen Partei angehörte“, schrieb der politische Repräsentant der braunschweiger Nationalliberalen, der Landgerichtsrat Wilhelm Kulemann in seinen 1911 erschienenen „Erinnerungen“. Sie fühlten sich als Repräsentanten einer großen nationalen Gemeinschaft, die nicht in sich gegenseitig bekämpfende Teile (d.h. Parteien) zerfallen dürfe. Sie hielten sich aufgrund ihrer Bildung und ihres Besitzes für die Elite, in die jeder aufsteigen könne, der tüchtig sei und es wolle, denn das allgemeine Wahlrecht, das die Liberalen erkämpften hatten, eröffne ihnen den Zugang auch zur politischen Mitbestimmung in den Parlamenten.

Allerdings galt das allgemeine gleiche Wahlrecht nur für den Reichstag und auch da nur für Männer, während für den Landtag weiterhin ein antiquiertes Drei-Klassen-Wahlrecht nur einkommen(steuere)starken Bürgern Chancen einräumte.

So kamen im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung die Nationalliberalen ohne eine formale Parteiorganisation und ohne ausformulierte Wahlprogramme aus, um ihre Vertreter unangefochten in die Volksvertretungen zu entsenden. Für das neue Reich forderten die Nationalliberalen „unverbrüchliche Treue zu Kaiser und Reich“, von diesen allerdings auch die „Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten“, die im Bundesrat die Gesamtheit des Deutschen Reiches vertrete. Das Staatsoberhaupt und die von ihm zu ernennende Regierung müssen vom Parlament unabhängig sein und „Autorität“ genießen, m.a.W.; die beste Regierungsform ist die Konstitutionelle Monarchie.

Auf diese wenigen Leitideen beschränkten sich die nationalliberalen Wahlprogramme bis in die Mitte der 80er Jahre, genauer 1884/85, als sich die Machtverhältnisse und die politischen Fronten in Braunschweig wie im Reich veränderten:

1. Durch den Tod Herzog Wilhelms und Preußens „Staatsstreich“ zur Verhinderung der Nachfolge durch die hannoverschen Welfen war die Selbständigkeit des Landes gefährdet.
2. Bei der Reichstagswahlen errang die Sozialdemokratische Partei im Wahlkreis Braunschweig mit über 50 % der Stimmen eines der drei Mandate des Landes im Reichstag.

Es war vorbei mit der Vormachtstellung des Bürgertums - auch in der Landespolitik und in den Kommunen. Während Teile des Bürgertums näher an die Konservativen heranrückten, die ihr Wählerpotential bei den Großgrundbesitzern auf dem Lande, aber auch im Bildungsbürgertum der Städte aktivierten, wechselten auf dem linken Flügel der Nationalliberalen vor allem mittelständische Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte zu den Fortschrittsliberalen, die immer deutlicher Kritik am autoritären Staat übten und eine republikanische Verfassung anstrebten. Die Nationalliberalen formierten sich deshalb neu als „Nationalliberaler Verein“ und wurden in ihrem Programm konkreter. Die zentralen Aussagen waren nun:

1. Die deutsche Nation braucht einen starken Staat mit einem starken Heer, um Freiheit und Souveränität zu schützen.
2. Ein Nationalliberaler hat „eine tiefe Abneigung gegen jede Art von „Doktrinarismus“. Gemeint waren Marxismus und Katholizismus.

Seite an Seite mit den Konservativen formierten sich die Nationalliberalen im Kampf gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften als Partei der Unternehmer und Großkaufleute, obwohl - zwischen ca 1890 und 1914 - mehr als 40 % der Mitglieder höhere und „mittlere gehobene“ Beamte in der Justiz und Verwaltung sowie Gymnasiallehrer waren; ca. 20 % stellten die freien akademischen Berufe wie Rechtsanwälte, Ärzte und Architekten, 13 % Einzelhandelskaufleute, 8 % selbständige Handwerker und nur 8 % Unternehmer, d.h. Fabrikbesitzer, die allerdings in den härter werdenden Konflikten mit der organisierten Arbeiterschaft an Macht und politischem Einfluss zunahmen. Grund dafür ist, dass das nationalliberale Elite- und das wachsende Nationalbewusstsein sich in dieser Zeit eng verband mit den in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts im

Bildungsbürgertum verbreiteten pseudowissenschaftlichen Lehren des sog. Sozialdarwinismus: Entsprechend der Doktrin der Evolutionstheorie vom Überleben der Tüchtigsten werden auch die gesündesten und kräftigsten Völker von der Natur auserlesen, um die minderwertigen zu beherrschen oder gar auszumerzen. Diese Lehren fanden nun auch in der neuen Lutherrezeption des Protestantismus vor allem in Preußen einen fruchtbaren Boden, z.B. durch das Wirken des Berliner Theologen Adolf Harnack. Sie wurden zum Kern der völkisch-nationalen Ideologie, den später die Nationalsozialisten unverfälscht vom Bürgertum übernahmen.

Als nach dem Tode Herzog Wilhelms der preußische Prinz Albrecht die Regentschaft und damit auch die Stellung des Landesbischofs übernahm, wurde das Verhältnis des nationalliberalen Bürgertums der Stadt zum Regenten gespannter. Es begann damit, dass in der Landessynode die Welfenparteien beantragten, in die sonntägliche Fürbitte am Ende der Gottesdienste den rechtmäßigen Thronfolger, den Herzog von Cumberland aufzunehmen, womit die nationalliberalen Synodalen, die in der Person des Landgerichtsrats Wilhelm Kulemann den Präsidenten stellten, in Bedrängnis gerieten:

Als Braunschweiger konnten sie nicht bestreiten, dass die preußische Regentschaft ein Rechtsbruch war, als loyale Staatsbürger durften sie aber auch gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit nicht rebellieren, stand doch das Gebot nach Römer 13 fast wörtlich im Parteiprogramm.

Kulemann und seine nationalliberalen Mitbürger, die auch im Magistrat der Stadt tonangebend waren, zogen sich und die Synode mit dem Kompromiss aus der Affäre, dass der Antrag der Welfen gegenstandslos sei, weil der Herzog von Cumberland an der Ausübung seiner Rechte vorläufig gehindert sei. Aber hinter dem sich anbahnenden Konflikt mit dem Regenten standen handfeste ökonomische Interessen des Bürgertums: Bauland für die sprunghaft angestiegene Zahl der Einwohner der Stadt, die 1890 die Grenze zur Großstadt von 100 000 Einwohnern überschritten hatte. Östlich des Okerumflutgrabens, zwischen Stein- und Fallersleber Tor bis zum Nußberg, gab es genügend Bauland, das allerdings auf weiten Flächen im herzoglichen Besitz war: der herzogliche Küchengarten zwischen Umflutgraben und etwa der heutigen Steinbrecherstraße und Nußberg und Franzsches Feld, die zum Klostergut Riddags- hausen gehörten.

Da der preußische Regent am Küchengarten noch weniger Interessiert war als an der Hofhaltung in Braunschweig überhaupt, stimmte er schnell dem Verkauf des Geländes an wohlhabende Bürger der Stadt zu, und unverzüglich begann der Bau eines völlig neuen Stadtviertels für das Großbürgertum, nach Plänen, die der Stadtbaurat Ludwig Winter längst fertiggestellt hatte. Schon 1884, als der alte Herzog noch lebte, hatte er das zwischen Küchengarten und Franzischem Felde liegende Fasanenhölzchen für die Stadt erworben und demonstrativ „Stadtspark“ genannt und nach eigenem Plan ein Ausflugsrestaurant darin bauen lassen, das groteskerweise neuerdings „Prinz Albrecht“ genannt wird.

Nun begann zwischen dem Hoftheater und Stadtspark der Bau einer großzügigen Allee als Zentralachse eines modernen Wohnviertels für das gehobene Bürgertum, die er provokativ Kaiser Wilhelm Straße nannte. Mittelpunkt dieser Achse und des gesamten Stadtteils sollte eine prachtvolle Kirche im neugotischen Stil werden: die St. Paulikirche. 1890 begann die Bebauung der Kaiser-Wilhelm-Straße hinter dem Theater bis zum heutigen Altewiek- und Hagenring; wenig später beschloss die Landeskirche, für den heute Östliches Ringgebiet genannten Wohnbereich zwei neue Gemeinden mit eigenen Kirchen zu gründen, eine vor dem Fallersleber Tor als „Tochter“ von St. Katharinen, die andere vor dem Magnitor als „Tochter“ von St. Magni. Die beiden neuen Gemeinden wählten unverzüglich ihre Kirchenvorstände und diese ihre Prediger, die vom Landesbischof, also vom Regenten Prinz Albrecht zu berufen waren. Über den Bau und die Standorte der neuen Kirchen entschied aber auf Vorschlag der Kirchenvorstände der Magistrat der Stadt. Der Kirchenvorstand von St. Paili mit dem damaligen Langerichtsrat Wilhelm Holland an der Spitze und die beiden von ihm gewählten Pastoren wünschten eine Kirche mit einem Gemeindezentrum an anderer Stelle als an der geplanten Prachtallee, wie es Ludwig Winter in seinem Plan vorgesehen hatte. Sie beauftragten einen eigenen Architekten mit einem Gegenentwurf zu Winters „Kathedrale“, der zudem wesentlich kostengünstiger ausfiel.

Winter aber ließ schon in den Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 1900 zu Lasten der Landeskirche für den neuen Bauabschnitt der Kaiser-Wilhelm-Straße Erschließungskosten in Höhe von 16 000 Mark eintragen mit der Begründung, das Land, und damit der Regent als Landesbischof, sei als Bauherr der Kirche mindestens indirekt Anlieger. Der offene Konflikt musste nun vom Magistrat und dann vom Regenten entschieden

werden. Winter überzeugte den nationalliberalen Oberbürgermeister Pockels, dieser wiederum das entscheidende Kirchenkassenkollegium, dessen Votum sich der Regent schließlich widerwillig beugen musste. Die Paulikirche wurde so gebaut, wie Winter und das nationalliberale und konservative Bürgertum, das dieses neue Wohnviertel ausfüllte, es wünschten: als sichtbares Bekenntnis zum Deutschen Reich und Kaiser. Bei der feierlichen Grundsteinlegung im Juli 1902 nannte Pastor Lagershausen das ganze im Entstehen begriffene Wohnviertel ein „Zeugnis unserer sittlichen Kräfte der Gewissenhaftigkeit und Treue, der Wahrheit und Gerechtigkeit.“ Damit schlug er den Bogen zum Protestantismus und Martin Luther: Zum ersten Male seit der Reformation habe die Stadt gleich zwei neue Kirchen bekommen, sich damit ihr Bekenntnis zur Tradition des Protestantismus bekundet.

Wenige Tage nach der Grundsteinlegung der Paulikirche wurde auf der neuen Okerbrücke, dem Eingangstor zum neuen Wohnquartier, ein prachtvolles Denkmalensemble eingeweiht, bestehend aus 4 überlebensgroßen allegorischen Frauengestalten, bewacht von 4 sitzenden Löwen:

1. „Des Reiches Schwert, des Reiches Krone, Scepter und Reichsapfel“
2. „Durch Kampf zum Sieg“
3. „Durch den Sieg zur Kaiserkrone“
4. „Durch die Kaiserkrone zu Macht und Herrlichkeit“, Erinnerung an Kaiser Wilhelm I.

In seiner Einweihungsrede nannte Oberbürgermeister Pockels, ein Repräsentant des im neuen Wohnviertel konzentrierten nationalliberalen Bürgertums, das Gesamtkunstwerk eine bleibende Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches, dessen Wohlfahrt „in freudiger Unterordnung seiner Bevölkerung unter das erhabene Haupt der Nation“ gegründet sei.

Um so bemerkenswerter war die von allen Anwesenden mit Befremden wahrgenommene Abwesenheit des Regenten, schließlich ein direkter Nachkomme des Kaisers, den sein Enkel Wilhelm II. „der Große“ nennen zu lassen sich bemühte. Er ließ sich durch seinen Staatsminister Hartweg vertreten, der indessen eher die Interessen des anwesenden Großbürgertums vertrat als das allgemein bekannte Desinteresse des Regenten am Wohle des Herzogtums.

Nur widerwillig hatte er wenige Jahre zuvor dem Drängen konservativer Kreise des Bürgertums, des Adels und der Welfenanhänger nachgegeben, für den letzten regierenden Welfen Herzog Wilhelm ein Reiterstandbild nach dem Vorbilde seiner Vorfahren Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm zu errichten (1904), vor dem von Ludwig Winter rekonstruierten Palas der Burg Dankwarderode und gegenüber seinen neugotischen Neubauten des Rathauses und des Sitzes der Staatsregierung und der Landesbank - wie der Heinrichsbrunnen auf dem Hagenmarkt eine eindeutige Demonstration des Anspruches der Welfen auf den Herzogsthron.

Als aber nun, 1906, der Regent auf Verlangen eben dieser Welfenanhänger dem Volke ein Fest anlässlich des 100. Geburtstages Wilhelms zu spendieren zusagte, beschloss der Magistrat der Stadt, sich mit einer eigenen Feier am Denkmal des Herzogs zu beteiligen, was der Regent als Affront empfand, aber hinnehmen musste. Indessen stiess diese Gedenkfeier in der Stadtverordnetenversammlung auf heftige Kritik der Sozialdemokratischen Partei, deren Sprecher, der Rechtsanwalt Dr. Heinrich Jasper erklärte, er könne nicht die Verdienste erkennen, die sich der Herzog um das Wohl der Stadt erworben habe und eine Feier rechtfertigten. Überhaupt lehne die Mehrheit der Bevölkerung solche Gedenkfeiern „für verblichene Monarchen“ ab, und das Geld des Steuerzahlers solle die Stadt sinnvoller ausgeben.

Diese Meinung fand zwar in der Stadtverordnetenversammlung (noch) keine Mehrheit, ganz sicher aber in der Bevölkerung, auch im Bürgertum. Es ist deshalb mehr als ein Zufall und fast von symbolischer Bedeutung, dass 4 Jahre nach der Einweihung des Brückenschmucks, am 16. September 1906, die Paulikirche eingeweiht und fast zur selben Stunde in Camenz/Lausitz der Regent Prinz Albrecht beigesetzt wurde.

Der herzogliche Hof entsandte nach Camenz die Staatsregierung, bestehend aus nationalliberalen Bürgern der Stadt, und zur Einweihung der Paulikirche in Vertretung des Regenten als Landesbischof den Oberlandesgerichtsrat Holland, Mitglied der Landessynode und des Kirchenvorstandes von St.Pauli; der Magistrat wurde vertreten durch Stadtrat von Frankenberg, ebenfalls Angehöriger der Pauligemeinde.

Das nationalliberale Bürgertum war also unter sich und zu Hause, als Pastor Lagershausen in seiner Festpredigt den neugotischen Bau Ludwig Winters mit typisch liberalem Vokabular pries als „ein schönes Zeugnis nicht nur für das fröhliche Wachstum und den fortschreitenden Wohlstand unserer alten Vaterstadt, sondern auch für ihre

Wertschätzung der idealen und idealsten Güter“.

Und dann beschwor er den Geist Martin Luthers für den Segen des neuen Deutschen Reiches: Luthers Kampf für die Freiheit eines Christenmenschen zeuge von dem „Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Für diese Freiheit Deutschlands stehen alle, deren Namen die um die Paulikirche herum entstandenen Straßen tragen: Blücher, Gneisenau, York, Lützow. Sie, die preußischen Militärs, begründeten das Reich, das Kaiser Wilhelm, Bismarck, Roon und Moltke vollendeten und dessen Stolz und Größe seine Soldaten waren...

So wurde das Wohnviertel eine große Erinnerungsstätte an das in den Befreiungskriegen begründete Deutsche Reich, in dem offenbar das Herzogtum Braunschweig inzwischen aufgegangen war. Im gesamten Östlichen Ringgebiet wurde lediglich das für das Großbürgertum neu gegründete Gymnasium nach Herzog Wilhelm benannt.

Das Bürgertum selbst aber hatte sich mit seinem Bekenntnis zu Bismarck und Kaiser Wilhelm längst dem preußisch-deutschen Nationalismus und Militarismus ergeben, bevor 1913 noch einmal ein Welfe den Herzogthron besetzte; denn Ernst August war von Preußens Gnaden Ehemann der Tochter des Kaisers, womit die Hohenzollern ihren letzten Sieg über die verhassten reichsfeindlichen Welfen feiern konnten, als Victoria Luise mit Ernst August von Hannover im November 1913 in Braunschweig einzog.

Dass dies von ihr und ihrem Vater so empfunden wurde, hat niemand anders als sie selbst unmissverständlich bezeugt, nicht nur in ihren 7 Erinnerungsbüchern, sondern explizit in einem aus Anlass der 100jährigen Wiederkehr der Reichsgründung 1970 erschienenen Buch „Vor 100 Jahren“,*) nicht nur verlegt, sondern, wie die 7 Bände ihrer Erinnerungen auch, geschrieben von dem rechtsextremen Göttinger Verleger Leonhard Schlüter: eine Glorifizierung ihres Urgroßvaters Wilhelm I. und Bismarcks, die eine Brücke schlägt vom preußisch-deutschen Nationalismus über zwei Weltkriege und Nationalsozialismus zum Rechtsextremismus unserer Zeit.

*) Vor 100 Jahren. Von Victoria Luise Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg Prinzessin von Preußen. Göttinger Verlagsanstalt 1970, Sonderausgabe 1971

Übrigens: der Name Braunschweig taucht in dieser pseudohistorischen Geschichtsklitterung nur einmal auf: in der alphabetischen Aufzählung der Mitgliedstaaten des Norddeutschen Bundes, dem - preußischen - Vorläufer des Zweiten Deutschen Reiches.

EINWÜRFE ZUM ROLOFFVORTRAG VON KUESSNER UND LUDEWIG

Kuessner:

Der Schluss war der Klopfer. (Zustimmung). Aber so neu ist die Sache auch nicht. Ich verweise auf das Buch, das Biegel zum 100. Geburtstag von Victoria Luise 2002 herausgegeben hat. Darin schreibt Werner Maass, die Schilderungen Victoria Luisens müssten an vielen Stellen als „selektiv, unvollständig und sogar als unwahr angesehen werden,“ die Bücher bieten „ein entstelltes und sehr subjektives Bild historischer Tatsachen“. In einem weiteren Aufsatz hinterfragt auch Birgitt Hoffmann den Wahrheitsgehalt der Luisenbücher und fordert eine kritische Darstellung der Kaisertochter. Zu Schlüter ist folgendes zu bemerken: sein Vorgänger als Vermögensberater von Victoria Luise war Wilhelm Backhaus, Regierungspräsident von Hildesheim; er wurde 1954 von der Regierung Kopf wegen Unfähigkeit pensioniert. Ingeborg Borek nennt ihn in ihren Erinnerungen an die Kaisertochter einen Betrüger und fügt hinzu: „Kein Zweifel, Herr Backhaus hat sich feist bedient. Er trug großen Anteil an dem Tatbestand, das der Schmuck mehr als dezimiert war.“ Die Herzogin könne einem leid tun, da „sie ausgenommen werde wie eine Weihnachtsgans“.

Der andere Vermögensverwalter war der Verleger Leonhard Schlüter, der Erinnerungen alter Nazis verlegte wie die von Franz v. Pape, Rudolf Diels, Schriften von Dietrich Klagges und Herbert Grabert. Von den sieben Erinnerungsbüchern von Victoria Luise schrieb Ingeborg Borek: „Sämtliche Bücher der Herzogin wurden vom Verleger Schlüter selbst verfasst. Er leistete alle Vorarbeiten, sammelte, sichtet und wertete das dokumentarische Material aus. Das Manuskript stammte ebenfalls aus Schlüters Feder. Victoria Luise stellte lediglich ihren Namen zur Verfügung.“ Das Buch von Ingeborg Borek ist 1999 erschienen und ausleihbar.

Ludewig:

Sie sprachen vom Anachronismus des Kleinstaates Braunschweig seit 1815. Ich möchte eine Lanze für die Kleinstaaten brechen, als Gegengewicht zu Preußens Hegemonie und als Plädoyer für die regionale Vielfalt. Denken Sie an die kulturellen Leistungen vieler Kleinstaaten, etwa Weimar, Sachsen-Meiningen, Hessen-Darmstadt.

Ich möchte ein Fragezeichen setzen hinter Ihre These, 1913 sei der endgültige Sieg

der Hohenzollern über die Welfen gewesen, mit Viktoria Luise habe Wilhelm II. eine Art Vorposten Preußens in Braunschweig innegehabt. Viktoria Luise hatte dazu nicht das politische Format. Ich sehe sie als „Frauchen“. Weder sie noch der Herzog hatten wirkliche Macht; sie lag bei den Ministern, der Bürokratie, dem „Geldsacklandtag“.

Kontinuitätslinien in der Geschichte Braunschweigs des 20. Jahrhunderts herauszuarbeiten, ist unerlässlich. Aber über Ihre „Brücke“ von Wilhelm I./Bismarck und den preußisch-deutschen Nationalismus über 2 Weltkriege zum Rechtsextremismus unserer Zeit gehe ich nicht. Vielleicht kommen wir ja noch bei den weiteren Vorträgen zu einer Diskussion über Wilhelm II. und das Kaiserreich.

Kuessner:

Mich interessiert noch, welches Bild von Wilhelm II. wird eigentlich durch die Erinnerungsbücher von Leonhard Schlüter/Victoria Luise vermittelt und ist dieses Bild von der Braunschweiger Bevölkerung aufgesogen worden? Mir sagte einmal ein Historiker hier aus Braunschweig: die Bücher von Victoria habe historisch keiner Ernst genommen. Das finde ich gerade das Schlimme. Wenn es einen Weg vom Kaiser zum Führer, von Wilhelm zu Hitler gibt, aber dazu müsste Herr Ludewig was sagen, dann würde das verdrehte Bild vom Friedenskaiser und lieben Papa Wilhelm eben diesen Weg zum Führer verschleiern, und das fände ich gefährlich.

RESIDENZSCHLOSS UND ROTES SCHLOSS

Dr. Hans Ulrich Ludewig

Ausgangspunkt für meine Überlegungen sind zwei in Braunschweig sehr bekannte Gebäude: Residenzschloss und ‚Rotes Schloss‘.

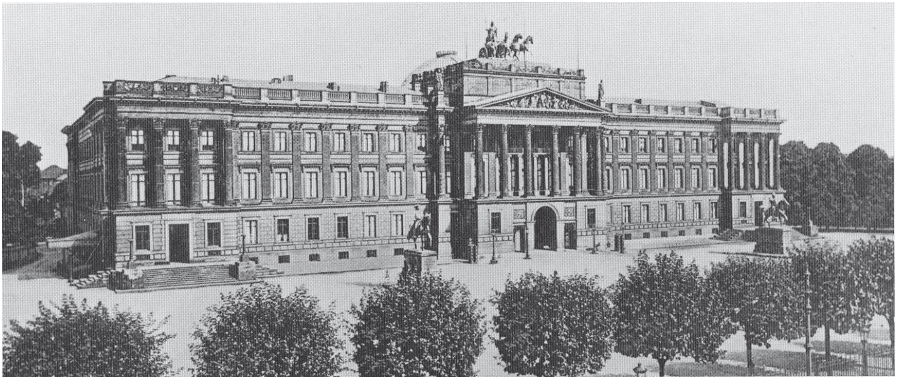


Foto: Braunschweiger Residenzschloss



Foto: „Rotes Schloss“

Am 3. November 1913 zog das neu vermählte Herzogspaar in das Schloss ein. Einen Monat vorher, am 6. Oktober 1913, war das Richtfest des „Volksfreund“-Hauses, genannt das ‚Rote Schloß‘, in Sichtweite zum Welfenschloss. In den Grundstein fügte man an diesem Tag eine Urkunde ein, auf der die Geschichte dieser seit 1871 bestehenden sozialdemokratischen Zeitung zu lesen war:

„Die machtvolle Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften Braunschweigs hat die Erbauung dieses eigenen Hauses ermöglicht. Das Gebäude soll nicht nur die Unterbringung der „Volksfreund“-Druckerei dienen, sondern auch die Bureaus der Partei und Gewerkschaften... Von dieser Stelle aus soll die Partei- und Gewerkschaftsbewegung den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Wenn längst die volksausplündernde, die Arbeiter unterdrückende kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt ist, wird dieses Haus Zeugnis ablegen von der Kraft und dem Siegesbewußtsein der 7819 in der sozialdemokratischen Partei und der 19169 in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Braunschweigs“.

Und bei dem Einzug am 1. April 1914 schrieb der „Volksfreund“:

„Ein in seiner Einfachheit dennoch schöner, beim Anblick einen ästhetischen Genuß auslösender Bau! Das „Rote Schloß“... Unser Volkshaus ist jetzt eines der bemerkenswertesten Bauten in Braunschweig, schade nur, daß sein Gesamteindruck durch die alten und niedrigen Nachbargebäude und durch den engen Platz, den Ackerhof, etwas beeinträchtigt wird. Aber wer über den Ackerhof geht, hat auf der einen Seite das „Rote Schloß“ und auf der anderen Seite das Welfen-Schloß. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte... Unser Blatt, der „Volksfreund“, mußte unter den schwierigsten Verhältnissen die Fahrt beginnen, manchmal drohte das Schiffelein leck zu werden,... Aber schließlich ist es auf den wildbewegten Wogen des Klassenkampfes seetüchtig geworden und geht jetzt mit Volldampf voraus!“

Bleibt noch zu erwähnen, dass die Partei 1912 das aus dem 16. Jahrhundert stammende Haus Oelschlägern 29 und die angrenzende Ecke Schloßstraße käuflich erwarb, das Haus abriß und auf dem Grundstück das neue Gebäude errichtete. Entlang dieser beiden Erinnerungsorte, Residenz-Schloss und Rotes Schloss, möchte ich einen Gang durch die Braunschweigische Geschichte des letzten Jahrhunderts unternehmen. Dabei wird der Schwerpunkt in den Jahren vor Ausbruch des 1. Weltkriegs liegen - das bin ich unserem Generalthema schuldig. Aber ich werde auch einige Bemerkungen machen über die Revolution 1918, über die Weimarer Republik, die NS-Zeit und die Nachkriegsjahrzehnte. Dabei werde ich stets die beiden Erinnerungsorte im Auge behalten.

In meinem Ankündigungstext nenne ich einen weiteren baulichen Bezugspunkt: die Villen am Löwenwall. Ich könnte auch sagen, die Villen entlang der Wallanlagen und zwischen Jasperallee und der Adolfstraße. Sie stehen für mich exemplarisch für das Bürgertum, denn das Bürgertum (zur Ausdifferenzierung sage ich gleich etwas) möchte ich in meine Analyse mit einbeziehen. Und damit bin ich bei meiner zentralen These:

In Braunschweig beobachte ich eine starke Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Sie prägte über Jahrzehnte hinweg die Braunschweigische Geschichte.

Was hat das mit dem Residenzschloss zu tun?

In der Wahrnehmung der Arbeiterschaft - und es wird im Vortrag vor allem um die Perspektive der Arbeiterschaft gehen - rückten Schloss und Bürgertum zu einem Komplex, zu einem Block zusammen; den Hof und die Hofgesellschaft rechnete die Arbeiterbewegung zum gegnerischen Lager. An dieser Stelle bin ich Ihnen eine kurze Begriffsklärung schuldig: Arbeiterbewegung meint das gesamte Organisationsgefüge der (gewerblich-industriellen) Arbeiterschaft; d.h. für die Organisationen: Gewerkschaften und SPD. Mit politisch-organisiertem Bürgertum meine ich alle nicht-sozialistischen Organisationen, von den Liberalen bis zu den Konservativen. Dies entsprach ihrem Selbstverständnis, vor allem in Braunschweig vor 1914. Dabei umfasste ‚Bürgertum‘ sehr heterogene soziale Gruppen: Das Wirtschafts- und Besitzbürgertum, das Bildungsbürgertum, den alten Mittelstand (Handwerker und Kleinhändler) und den neuen Mittelstand: (Angestellte und mittlere/kleinere Beamte). Trotz aller Unterschiede zwischen den Gruppen, überwog doch in unserem Untersuchungszeitraum das Gemeinsame, hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihres Bewusstseins, ihres Verhaltens und der Fremdeinschätzung (insbesondere seitens der Arbeiterschaft). Karl Marx spricht 1875 von der „einen reaktionären Masse“. Diese Formulierung steht in einem Brief, den Marx von London nach Braunschweig schickte, an Wilhelm Bracke - ein Bezug zur großen weiten Welt muss in jedem Vortrag in Braunschweig vorkommen. Besondere Aufmerksamkeit kommt für meine Fragestellung der politischen Elite zu. Das ist der ‚Hof‘, das sind die Minister und hohen Staatsbeamten, die Abgeordneten, die Magistratsbeamten. Und zu den „Herren der Stadt“ (Schmuhl) gehörte natürlich das wirtschaftliche Großbürgertum.

Nochmals: beide Lager sind kein gänzlich homogene Gebilde, auch nicht die Arbeiterschaft und schon gar nicht das Bürgertum; aber das je Gemeinsame überwog.

Aus den von mir zitierten Texten wird bereits einiges zum Selbstverständnis der Braunschweiger Arbeiter deutlich. Diese Arbeiterschaft hatte sich in den zurückliegenden Jahrzehnten aus qualifizierten Facharbeitern und angelernten bzw. ungelerten Fabrikarbeitern zu einer klassenbewussten Industriearbeiterschaft entwickelt. Hierzu noch einige Ergänzungen:

Die Situation der Arbeiter seit der Jahrhundertwende war gekennzeichnet von einem allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung, von einer Verbesserung der Einkommensentwicklung und Reduzierung der Arbeitszeit. Gleichwohl gab es zwischen den gesellschaftlichen Großgruppen noch dramatische Unterschiede; natürlich bei den Einkommen, bei den Gesundheitsverhältnissen, den Bildungschancen, den Wohnverhältnissen. Diese waren besonders schlimm in den unterproletarischen Wohngebieten Lange Straße, Nickelkulk, Werder, Klint, Ritterstraße. Friesenstraße - mit den letzteren sind wir ganz nah am Schloss.

„Mauernstraße, Klint und Werder, davor hüte sich ein jeder. Nickelkulk ist auch nicht besser, denn da wohnen Menschenfresser“.

Die etwas besseren Arbeiterviertel lagen entlang des Eisenbahntrings vom Eichtal bis zur Frankfurter Straße, Marienstraße, Nußbergstraße in der Nähe der großen Fabriken.

Gerade dieses Beispiel sehr unterschiedlicher Wohnverhältnisse dokumentiert zugleich eine ungleiche Verteilung von Lebens- und Konsumstilen, von Bildungs- und Berufschancen. Und diese Arbeiterschaft entwickelte ihre eigenständige Kultur. Sie blieb unter sich, im privaten Verkehr, bei Heiraten, in der Arbeitswelt und in der Freizeit, in Arbeitersportvereinen, in Arbeiterleseklubs, bei eigenen Tanz-, Gesangs- und Theaterabenden. Und auch bei ihren Festen, etwa bei der Lassalle - Feier. Ferdinand Lassalles Todestag lag sehr günstig. Er fiel zusammen mit dem Sedanstag am 2. September, der sich zum wichtigsten Gedenktag im kaiserlichen Deutschland entwickelt hatte, zu einem Gedenktag freilich nur für einen Teil des Volkes. Verächtlich sprachen die Redner der Lassalle-Feiern stets vom „Sedansrummel“. Und natürlich beim 1. Mai, der jedes Jahr zu schweren Konflikten mit den Arbeitgebern führte.

Ein weiteres Beispiel: Im Oktober 1913 gedachte man der Völkerschlacht bei Leipzig vor 100 Jahren 1813. In Leipzig wurde das große Denkmal eingeweiht. In Braunschweig: große Gedenkfeiern mit einem Festumzug: Schulen - Flottenverein - Kriegervereine - Innungen - der Bürgerverein - die Turnvereine. Aber keine Arbeitervereine. Der Volksfreund kommentierte: „Das Oktoberfest der Volksentrechteter. Bleibt fern den aufdringlichen falschpatriotischen Festen! Also fort, ihr Heuchler und Pharisäer! Feiert euer Freiheitsfest allein! Nur Sklaven und politische Idioten können mit Volksentrechtern die angebliche Volksbefreiung feiern“

Die allmähliche Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Arbeiter war in heftigen Arbeitskämpfen durchgesetzt worden, in Streiks und Aussperrungen. Im Jahr 1906 z.B. erschütterten schwere Arbeitskämpfe das Baugewerbe und die Metallindustrie. Erstmals in der Geschichte der Arbeitskämpfe überstieg die Zahl der Ausgesperrten diejenigen der Streikenden. Die Unternehmer warben auswärtige Arbeitskräfte an, forderten Polizeiansatz gegen die Streikenden, es kam zu Verhaftungen und Verurteilungen. Die Arbeiterschaft sah zunehmend den Staat nur noch als Interessenvertreter des Bürgertums.

Die Arbeitskämpfe hatten die Braunschweiger Arbeiter kampferprobt und selbstbewusst gemacht. Dies spiegelt sich im Aufstieg der hiesigen SPD wieder. Auf deren Geschichte kann ich hier ausführlich nicht eingehen. Früh gegründet, von Wilhelm Bracke 1865, seit 1871 eine eigene Zeitung, der „Volksfreund“, die harten Verfolgungsjahre des Sozialistengesetz überstanden und seit dessen Ende 1890 kontinuierliche Wahlerfolge bei den Reichstagswahlen. Seit diesem Jahr stellte die SPD stets (mit einer Ausnahme) einen von drei Braunschweiger Reichstagsabgeordneten, 1912 waren es sogar zwei. Dieser Aufstieg wurde argwöhnisch und sorgenvoll von den anderen Parteien beobachtet. Wie stark die Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft fortgeschritten war, zeigte sich bei den Reichstagswahlen 1907, als sich alle bürgerlichen Parteien - Konservative, Rechts- und Linksliberale, Antisemiten, Welfen - zu einer Sammlungsbewegung zusammenschlossen, um der SPD den Braunschweiger Wahlkreis abzujagen.

Diese Blockkonstellation beobachten wir auch bei den Auseinandersetzungen um das Landtagswahlrecht. Das Braunschweiger Landtagswahlrecht, das „verwickelteste und konservativste“ im Reich - ein verschärftes Dreiklassenwahlrecht -, verhinderte bis Kriegsende den Einzug eines Sozialdemokraten in den Landtag. Der Landtag lehnte jede Reform ab, allen voran die ländlichen Abgeordneten; aber auch die liberalen Vertreter des Bürgertums sprachen sich gegen das demokratische Wahlrecht aus.

Die Demonstrationen gegen das bestehende Landtags- und Kommunalwahlrecht hatten in den zurückliegenden Jahren Zehntausende auf die Straßen gebracht. Die Zusammenstöße mit der Polizei, die Erfahrungen mit der Justiz, die die Arbeiterschaft als Klassenjustiz empfand, die Reformunfähigkeit und der Reformunwille der herrschenden Kreise trugen entscheidend zur Politisierung und Radikalisierung der Braunschweiger Arbeiterschaft bei.

Die tatsächlichen parteipolitischen Kräfteverhältnisse zeigten sich übrigens bei den Wahlen zum Reichstag. Dort galt nämlich das gleiche Wahlrecht. Damit erreichte die hiesige SPD bei den Reichstagswahlen 1912 landesweit ca. 48% der Stimmen - in der Stadt Braunschweig waren es 61%. Eine SPD-Hochburg war z.B. der Wahlbezirk Kuhstraße mit 79%.

In den Kommunen galt zwar ebenfalls das Dreiklassenwahlrecht, aber - bedingt durch einen anderen Abstimmungsmodus - errang die SPD z.B. in der 3. Klasse der Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig nach der Jahrhundertwende die Mehrheit der Sitze. Doch auch hier waren die bürgerlichen Stadtverordneten zu einer Änderung des Wahlrechts nicht bereit.

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass sich gerade in Braunschweig Bürgerleben und Arbeiterleben mit je unterschiedlichen Wert- und Verhaltensmustern klar voneinander abgrenzten. Es fehlten oder waren schwach entwickelt politisch-gesellschaftliche Organisationen, die, wie anderswo, zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum vermittelten, wie die katholische Zentrums Partei oder die christlichen Gewerkschaften, die in diesem protestantischen Land bedeutungslos waren.

Das Jahr 1913

Welches Ereignis bietet sich mehr an, meine Polarisierungsthese zu testen, als die Hochzeit und der Einzug des Herzogspaares ins Braunschweiger Schloss am 3. November 1913. Die Hochzeit in Berlin selbst im Mai verfolge das arbeitende Volk – so der „Volksfreund“ – „kühl bis ans Herz.“ Es finden sich auch nur wenige Artikel. Empörter zeigte sich der „Volksfreund“ über die Behandlung des französischen Sozialisten Compere-Morel, der durch Deutschland reiste, um gegen Aufrüstung und für den Frieden zu reden. Er sollte auch in Braunschweig sprechen; aber er wurde aus Braunschweig ausgewiesen.

Kurz vor dem Einzug ins Schloss las man folgendes Gedicht im „Volksfreund“:

Der Welfe kommt.
Es ist entschieden.
Und bringt sein
Junges Frauchen mit.
Und alle, die ihn
Früh'r gemieden
Schrei'n Hurra ihm
Auf Schritt und Tritt.

Die aber, die ihn
Ausgeschlossen
Einst ganz und gar
Vom Herzogsthron,
Die machen nicht
Etwa verdrossen
Mit sauern Mienen
Sich davon.

O nein, die jubeln
Wie besoffen.
Hosianna
Hört man
Laut sie schreien.
Sie kriechen gar
Beim Einzugsessen
Ihm fast
Zum Hinteren hinein.

Ja, ja, das wird
Ein Rummel werden
Als sei fürwahr
Der Löwe los,
Als gäb's nichts
Besseres auf Erden
Als einen jungen Fürsten-
sproß.

Habt nur Geduld!
Bald kommt der Kater;
Die Freiheit bringt der
Welfe nicht.
Das leidet schon der
Schwiegervater
Nicht mit dem
Strengen Angesicht.

Wir schreien Hurra
Nicht dem Welfen,
Der Hurrarob
Mag's schreien hier.
Wir werden uns
Schon selber helfen
Her gleiches Wahlrecht
Rufen wir.

Dann kamen die Jubeltage im November. Sie zeigten den tiefen Riss in der Braunschweiger Gesellschaft. Dem vom Bürgertum begeistert gefeierten Einzug des neu vermählten Herzogspaares blieb die Arbeiterschaft weitgehend fern. Der sozialdemokratische ‚Volksfreund‘ sprach von „Byzantinischem November-Karneval“ und schrieb: „Die aufgeklärte Arbeiterschaft weiß, daß dem braunschweigischen Volk das gleiche Landtagswahlrecht viel wichtiger ist, als der Herzog. Dahinter wird auch die große Masse der Gaffer kommen, wenn der Festrausch verfliegen ist und sie das reaktionäre Ministerium und den Geldsacklandtag wieder an der Arbeit sehen“.

Für den 2. November rief die Partei zu einer Protestversammlung im Konzerthaus auf. „Die herrschenden Klassen und die ihnen Gefolgschaft leistenden Krämer- und Lakaienseelen rüsten bereits wieder zu neuen Festen. Viele Tausende von Mark sind bereits aus dem allgemeinen Steuersäckel für Empfangsfeierlichkeiten und Feste verpulvert worden“... Man habe dem Volk einfach den Herzog als Herrscher des Landes eingesetzt. „Zeigt der Welt, daß Braunschweiger Arbeiter sich nicht willen- und tatenlos gleich einer Hammelherde an irgend einen Fürsten verschachern lassen. Schreit heute den Herrschenden wieder einmal in die Ohren unseren alten Kampfesruf: Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Landtagswahlrecht! Her mit der freien, sozialen Republik! Hoch der völkerbefreiende Sozialismus“.

Auf dem Turm des fast fertigen Volksfreundgebäudes wehte plötzlich eine rote Fahne „Her mit dem Landtagswahlrecht“. Auf Befehl der Polizei musste sie heruntergeholt werden. Wenige Stunden später aber wehte sie wieder oben.

Karikatur von 1913



Karikatur: „Die Stimme des Volkes. Herzog verbanne die Büttel. Gib dem Volk gleiches Landtagswahlrecht“

Darunter abgebildet: „Offener Brief an Herzog Ernst August“

Der Tenor des Briefes: Wir informieren den Herzog über die Zustände im Herzogtum. Wir sagen ihm, was er ändern müsste. Das Volk habe ihn nicht gewollt; den Thron verdanke er seinem Schwiegervater. In Braunschweig herrschten orientalische Zustände. „Herr Herzog, es fehlt nur noch die Bastonade“. Von der jubelnden Menge möge er sich nicht täuschen lassen. „Die Braunschweiger sind schaulustig, sie drängen sich nach allem, was ihre Schaulust befriedigt.“ Vielleicht hoffte die Partei für einen Moment auf einen reformbereiten Herzog. Doch in seiner Thronrede fand sich kein Wort zur Wahlreform.

Daraufhin schrieb der Volksfreund: „Das braunschweigische Volk, das arbeitende Volk, zählt anscheinend bei diesen Herrschaften nicht. Für die politischen und wirtschaftlichen Nöte dieses Volkes hat man weder Verständnis, noch Interesse...Wir müssen uns das gleiche Wahlrecht erkämpfen - es gibt keinen anderen Weg“.

Das neue Jahr 1914 war erst wenige Wochen alt, da kam es in Braunschweig zwischen der politischen Elite und der Arbeiterbewegung zu einer heftigen Auseinandersetzung. Am 29. Januar 1914 fand die erste Landtagssitzung nach der Thronbesteigung Herzogs Ernst Augusts statt. Die SPD rief zu Protestversammlungen gegen den „Geldsacklandtag“ mit der Forderung nach dem gleichen Wahlrecht vor dem Landtag und vor dem Schloss auf. Im Schloss hielt nämlich der Herzog vor den Landtagsabgeordneten - sozialdemokratische Abgeordnete gab es bekanntlich nicht - seine Thronrede. Gegen die Demonstranten, die sich in Richtung Schloss bewegten, ging die Polizei mit aller Brutalität, mit Säbeln und Gummiknüppel vor. Empört berichtete der ‚Volksfreund‘:

„Wir haben schon größere Menschenmengen vor dem Schlosse und in den Straßen der Stadt gesehen, bei Fürsteneinzügen und anderen Gelegenheiten, aber niemals ist es der Polizei eingefallen, wie die Wilden in die Menschenmenge hineinzuhauen“. Dann folgten die Forderungen an den Herzog: Wahlrechtsänderung und Entlassung der Regierung, d.h. man wusste, wo die eigentliche Macht lag. Und, als Reaktion auf die Thronrede, die eine Wahlreform überhaupt nicht erwähnte:

„Der Herzog will also keinen Frieden mit der Arbeiterschaft schließen“.

An das Bürgertum gewandt: „Seit den 60er Jahren hat das Bürgertum aufgehört um politische Freiheiten zu kämpfen.“

In den folgenden Tagen kam es zu weiteren Protestversammlungen, welche die Polizei erneut gewaltsam auflöste. Es war nicht zu übersehen: zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum/politische Elite vertieften sich die Gräben.

November 1918: Rotes Schloss - Herzogsschloss

Die von mir beschriebene polarisierte Vorkriegsgesellschaft setzte sich im Krieg fort und führte fast zwangsläufig zur frühen Revolution im November 1918.

Polarisierung im Krieg? Mit einer Ausnahme:

Die Augusttage 1914 hatten nämlich mit ihrer nationalen Aufbruchsstimmung unter der Parole des Burgfriedens auch in Braunschweig eine Annäherung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gebracht. Aber sie hielt nicht lang. Es war vor allem der „Volksfreund“, also das ‚Rote Schloß‘ der auf Konfrontationskurs ging und zum Sprachrohr der Parteilinken wurde. Als sich die SPD schließlich 1917 spaltete, ging in Braunschweig der ganz überwiegende Teil der Mitglieder zur neu gegründeten, radikaleren Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD). Fortan haben wir es mit einer gespaltenen Arbeiterbewegung zu tun. Das hat zuweilen auch Folgen für meine „Block-These“.

Die Novembertage brachten allerdings die Arbeiterschaft noch einmal zu gemeinsamem Handeln. Es ist der 8. November 1918. Die Menschen strömen auf den Schloßplatz, Tausende, die Soldaten aus den Kasernen, die Arbeiter aus den Fabriken, viel Frauen sind darunter, viele Jugendliche, am Ende sind es wohl 20 000. Soldaten holten die herzogliche Flagge vom Schlosdach und hissten die rote Fahne. Beide Gebäude waren jetzt also rot geflaggt. Und hier drinnen saß an diesem 8. November der Herzog mit seinen Ministern. Am späten Nachmittag erschien eine Delegation aus Arbeitern und Soldaten unter Führung von August Merges im Schloß. Merges legte dem Herzog Ernst August die Abdankungsurkunde vor; nach kurzer Bedenkzeit und Beratung mit seinen Ministern gab der Herzog das Dokument unterschrieben zurück. Der Arbeiter- und Soldatenrat - er war in den Stunden davor von den Arbeitern und Soldaten als ihr Vertretungsorgan gewählt worden - übernahm die Macht. Er rief die Sozialistische Republik Braunschweig aus.

Die Geburt der Republik auf dem Schlossplatz und im Schloss - was für ein republikanischer Erinnerungsort! Der Herzog verließ das Schloss und das Land. Widerstandslos kapitulierte das alte System. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm seinen Sitz im Schloss. Ihm zur Seite stand der ‚Rat der Volkskommissare‘ aus SPD und USPD, wobei

die Linken den dominierenden Einfluss hatten. Die Revolutionsregierung ging sofort an die Umgestaltung des politisch-gesellschaftlichen Systems.

Angekündigt wurden eine Landreform, die Aufstellung einer revolutionären Volkswehr und die Sozialisierung der Wirtschaft. Das neue Volksbildungsministerium unter Minna Faßhauer - sie war die erste weibliche Ministerin überhaupt - beseitigte die geistliche Schulaufsicht und wollte den Schulunterricht reformieren. Im Geschichtsunterricht sollte Volksverhetzung und Fürstenverherrlichung verboten, Kriegsgeschichte durch Kulturgeschichte ersetzt werden.

Auffällig ist das Verhalten des Bürgertums: Vier Wochen nach dem Ausbruch der Revolution versammelte sich eine große Menschenmenge zu einer machtvollen Protestversammlung (in Brüning's Saalbau). Die Teilnehmer gehörten dem Bürgertum an. Eine Resolution wandte sich gegen die Revolution, gegen die Diktatur einer Minderheit. Wenige Tage später schlossen sich alle bürgerlichen Parteien - mit Ausnahme der Linksliberalen - zum Landeswahlverband zusammen. Er wollte als betont bürgerliche Sammlungsbewegung den Arbeiterparteien Paroli bieten, eine uns bekannte Konstellation.

Das Schloss erlebte unruhige Zeiten. Die bürgerliche Presse beklagte sich über die üblen Zustände, die die Revolutionäre hinterließen: Dirnen und rote Soldaten hätten im Schloss Orgien gefeiert. Der Volksfreund wies die Berichte empört zurück.

Im Frühjahr 1919 erreichte die revolutionäre Entwicklung in Braunschweig ihren Höhepunkt. Die Linke - und hier ist die SPD eben nicht mehr dabei - rief zum Generalstreik auf und proklamierte die Räterepublik. Jetzt geschah etwas Ungewöhnliches. Das Bürgertum antwortete mit einem Gegenstreik: Beamte, Angestellte, Apotheker, Ärzte, andere Freiberufler, Ladenbesitzer und Handwerker schlossen sich an. Braunschweig stand vor dem Bürgerkrieg. Da griff die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung ein und schickte Freikorpsstruppen nach Braunschweig; sie besetzten die Stadt. Die Soldaten holten die rote Fahne vom Schloss und hissten die schwarz-weiß-rote. Das Bürgertum feierte die einmarschierenden Soldaten begeistert. Am Ostersonntag ließ man die Truppen bei der Siegerparade auf dem Löwenwall hochleben. Viele Arbeiter zogen sich resigniert und verbittert zurück. Gänzlich unterschiedliche Erinnerungen hatten Bürgertum und Arbeiterschaft später an diese Apriltage des Jahres 1919.

Weimarer Republik

Die beschriebenen Konfliktlinien verlängerten sich in die zwanziger Jahre.

1. Der jahrelange Streit um die Entschädigung des Herzogshauses, der 1925 - getragen von der bürgerlichen Mehrheit im Landtag - zugunsten des Hauses Braunschweig-Lüneburg ausging, hatte die Vorbehalte in der Arbeiterbewegung gegenüber dem ‚Schloss‘ keinesfalls vermindert.
2. Kein Land im Deutschen Reich wurde so lange von einer sozialdemokratischen Regierung regiert wie Braunschweig, noch dazu von einer ‚proletarischeren‘ SPD.
3. Und die bürgerliche Sammlungsbewegung war keine Eintagsfliege (Bürgerblock). Freilich die Haltung der linksliberalen DDP passt nicht ganz in mein „Blockschema“. Doch die DDP verlor bereits 1920 Zweidrittel ihrer Wähler, die weitgehend zum Landeswahlverband, der parlamentarischen Vertretung des Bürgerbundes, wanderten. Die Teilnahme bürgerlicher Politiker an SPD-Regierungen blieb Episode
4. Die von mir für die Vorkriegszeit beschriebenen zwei Kulturen sehe ich auch in der Weimarer Republik. Die Milieugrenzen wurden trotz einer insgesamt mobileren Gesellschaft nur in Ausnahmefällen überschritten. Die Arbeiterschaft blieb am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Wohnen, beim Heiratsverhalten und in der Freizeit unter sich.

Zeichen der fortbestehenden Polarisierung sehe ich in der Kirchenaustrittsbewegung, der Feiertagsregelung, den Straßenumbenennungen und vor allem in der Schulpolitik. Es war gerade die sozialdemokratische Schulpolitik und die Personalpolitik, mit der die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf 1930 gegen die SPD-Regierung Sturm liefen. Ähnlich wie in der Krisensituation 1918 kam es zu einer bürgerlichen Sammlungsbewegung (BEL) mit dem Ziel, die SPD-Regierung abzulösen. Doch das Wahlergebnis war nicht so. Der eigentliche Wahlsieger war nämlich die NSDAP. Die Sammlungsbewegung war angetreten, die SPD-Regierung zu stürzen, um jeden Preis. Der Preis war das Bündnis mit der NSDAP. Die weiteren Ereignisse sind Ihnen bekannt.

Und meine beiden Gebäude?

Den Schloss-Platz nahmen in dieser Zeit immer mehr die Nazis für sich in Anspruch. Am 18. Oktober 1931 marschierten 100 000 SA-Männer durch Braunschweigs Straßen bis zum Schlossplatz, wo Adolf Hitler, am Fuße des Standbildes des ‚Schwarzen Herzogs‘ stehend, in Siegerpose seine SA-Männer begrüßte. Im Frühjahr 1933 war der

Schlossplatz Schauplatz großer Massenkundgebungen der Nationalsozialisten mit Tausenden Braunschweiger Bürger - Arbeiter waren kaum zu sehen. Denn ihr „Rotes Schloss“ gab es da schon nicht mehr. Am 9. März hatten SA und SS das Gebäude gestürmt, das Mobiliar demoliert, Akten verbrannt, Menschen mißhandelt und den Kaufmann Saile erschossen. Danach diente das Volksfreundhaus der SS als Haftlokal. In diesen Wochen gingen SA und SS mit brutaler Gewaltanwendung gegen Mitglieder der Arbeiterparteien vor - nein, ich setze die Nationalsozialisten nicht mit dem Bürgertum gleich. Aber es protestierte auch nicht.

Dann kam das Jahr 1935. In das Schloss zog die SS-Junkerschule. Für die Arbeiterschaft war das Schloss endgültig kontaminiert. Beim Bombenangriff 1944 wurde das Schloss schwer beschädigt.

Das führt mich zu meinem letzten Beispiel für meinen Polarisierungsansatz: Das Jahr 1959. In der Stadt tobte die Schloss-Diskussion: Abreißen der Schlossruine oder Wiederaufbau. In der Stadtverordnetenversammlung standen sich gegenüber die SPD-Fraktion einerseits, die CDU, FDP, DP, GB/BHE und die DRP andererseits. Da waren sie wieder, die beiden politischen Lager, die sich wohl auch in der Braunschweiger Öffentlichkeit wiederfanden: der Block der bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Sicherlich, die Blöcke waren nicht mehr so klar abgegrenzt wie vor 1914. Aber das Grundmuster war ähnlich.

Eine Pointe: auf dem Foto von der Protestversammlung der Abrißgegner vor dem Schloss sieht man auch Viktoria Luise. War der heftige Kampf um den Abriss der Schlossruine das letzte Gefecht entlang der Klassenkampflinie in dieser Stadt?

Denn: Sehe ich es recht, zeigten die Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau, vierzig Jahre später, andere Konfliktkonstellationen.

Die unmittelbare Vorkriegszeit sehe ich in Braunschweig - wie sonst nirgends im Deutschen Kaiserreich - geprägt von der Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. In diese Konstellation habe ich versucht, das „Schloss“ zu verorten. Die Polarisierung prägte die Braunschweiger Geschichte weit über das Jahr 1914 hinaus.

Meine Erzählung mag ein wenig holzschnittartig gewesen sein; zu viele Späne links und rechts mögen durch den etwas groben Hobel zu Boden gefallen sein.

Meine Erzählung mag zu sehr auf die Stadt Braunschweig konzentriert sein, das flache Land nicht berücksichtigend. Aber als ein Erklärungsansatz für Kontinuitäten in der Braunschweigischen Geschichte scheint er mir brauchbar zu sein.

EINWÜRFE ZUM LUDEWIGVORTRAG VON KUESSNER UND ROLOFF

Kuessner:

Für mich verdichtet sich der Gegensatz von Arbeiterschaft und Bürgertum in zwei Frauengestalten: Minna Faßhauer und Victoria Luise. Minna Faßhauer, die sich nach der Schule energisch weitergebildet hat, sich eingemischt hat, vor 1913 für das Frauenwahlrecht, überhaupt für Gleichberechtigung der Frauen und damit für demokratische Ideen eingesetzt hat und in Versammlungen öffentlich propagiert hat. Victoria Luise, die nach der Schule das Kommando über ein Husarenregiment erhalten hat, sich wenig weitergebildet hat und schließlich eine lebensuntüchtige Frau geworden und bis ins Alter geliebt ist. Dieser Spur lohnte es sich, weiter nachzugehen. (Laute Bemerkung einer Zuhörer:in: Wir müssen Kuessner entgiften.)

Ludewig:

Der Vergleich Minna Faßhauer - Viktoria Luise überrascht mich, da möchte ich etwas länger nachdenken. Für die Jahre 1918/19 scheint mir der Vergleich etwas überstrapaziert. Spannend fände ich es aber, anhand der beiden Frauen über die heutige Erinnerungskultur und die heutige Geschichtspolitik in Braunschweig zu streiten.

Roloff:

Die Zentralthese Ludewigs, die Polarisierung Arbeiterschaft - Bürgertum, ist zwar für die Arbeitskämpfe zwischen Gewerkschaften und Unternehmern vor dem 1. Weltkrieg und für die Jahre zwischen 1924 und 1933 nachweisbar sei, jedoch nicht für die Revolution 1918 und die ersten Jahre der Weimarer Republik, als die Arbeiterschaft in zwei sich heftig bekämpfende Parteien gespalten war und sich zwischen diesen und dem Bürgerbündnis „Landeswahlverband“ die fast gleich starke linksliberale Deutsche Demokratische Partei als bürgerliche Mitte gebildet hatte, deren Stammwählerschaft seit 1928 die NSDAP an die Macht brachte und nicht die rechtsorientierte „Bürgerliche Einheitsliste“ unterstützte.

Kuessner:

Ich will noch was zum Vorschlag sagen, den Schlossplatz als Platz der Republik auszurufen.

Die Massen auf dem Schlossplatz am 8. November hatten ganz andere Dinge im Kopf als eine Demokratie. Die wollten vorrangig endlich Schluss mit dem Krieg. Und ein politisches Ende der Leute, die ihn ihrer Meinung nach zu verantworten hatten: Kaiser, Könige und Herzöge. Und dann eine Änderung des Wahlrechtes. Der Herzog konnte ruhig bleiben. Oerter bot der Familie ja eine Fünfstückerwohnung an.

Ludewig:

Sie reden die Revolution gerne klein. Nein, ich will den Schlossplatz nicht umbenennen. Ich möchte ihn als republikanischen Erinnerungsort sehen und damit als Korrektiv zum Schloss als monarchischen Erinnerungsort. Die Menschen gingen im November 1918 ohne Frage aus Friedenssehnsucht auf die Straßen. Aber hinzu kam die Wut über ausbleibende Reformen, vor allem über das Versagen des Systems bei der Bewältigung der Alltagsprobleme im Krieg. Wir müssen unterscheiden zwischen Republik und Demokratie. Die Vorstellungen von Demokratie waren durchaus vorhanden, nur gingen sie weit auseinander. Von der parlamentarischen Demokratie, über eine sozialistische Demokratie, über eine Räte-Demokratie bis zur Diktatur des Proletariats.

Kuessner:

Ich habe den Eindruck, die Historiker übertreiben sowohl links wie rechts. Es gab gar keine Räterepublik, jedenfalls nicht deshalb, weil Oerter die auf den Stufen des Landtages behauptet hatte. Genauso gut kann ich mich als Papst von der Borsigstraße ausrufen. Auch der Maerkereinmarsch wird übertrieben dargestellt. Es gab keine Unruhen in Braunschweig, die militärisch niedergeschlagen werden mussten etwa wie Monate vorher in Bremen. Die Freikorpsoldaten mussten lediglich etwas beschäftigt und verproviantiert werden.

Auch die Behauptung, in Braunschweig sei die Revolution besonders blutig gewesen, halte ich für Übertreibungen von links und rechts. In München und Berlin gab es Hinrichtungen und Tote, aber in Braunschweig vergleichsweise sehr sehr wenige.

Ludewig:

Die bloße Proklamation schafft tatsächlich noch keine Räterepublik. Aber die ersten Maßnahmen der neuen Machthaber zielten auf einschneidende Veränderungen: Landreform, Schaffung einer revolutionären Volkswehr, Schulreform, Pläne für eine Sozialisierung der Wirtschaft. Dass von diesen Forderungen wenig verwirklicht wurde, steht auf einem anderen Blatt. Außerdem gingen die Vorstellungen über eine Räterepublik in der Braunschweiger Arbeiterbewegung weit auseinander.

Einmarsch der Maercker-Truppen. In der Stadt Braunschweig gab es tatsächlich keine Opfer. Zu schweren Kämpfen kam es aber in Börßum, in Schöningen. Und bei der Niederschlagung der Aufstände in Berlin, in Mitteldeutschland und in München durch Freikorpsformationen waren Tausende von Toten zu beklagen. Nein, es ging nicht um die Verproviantierung der Truppen. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske setzte die keineswegs republiktreuen Freikorps als „Ordnungsmacht“ ein.

Wer stellt die Behauptung auf, die Revolution sei in Braunschweig besonders blutig verlaufen?

DER HOF UND SEIN STAATSDOM

Dietrich Kuessner

Unter den 200 Veranstaltungen des städtischen Programms zum Jahr 1913 befindet sich keine einzige, die die ev. Kirche als gesellschaftlichen Faktor des Jahres 1913 behandelt. Das geht nicht.

Es befindet sich auch kaum eine Veranstaltung, die regionalhistorisches Neuland betritt, obwohl zahlreiche Themen der Stadt- wie der Landesgeschichte auf weitere Bearbeitung warten. Aus dem städtischen Programm kommt auf mich jedenfalls der Geruch eines nationalkonservativen Geschichtsverständnisses zu, das einem Geschichtsbild aus der Schulzeit der 50er und 60er Jahre entspricht.

Außerdem werden die Veranstaltungen der Stadt dem leitenden Gesichtspunkt des Stadtmarketing unterworfen. Weil es dem Stadtmarketing nicht zuträglich war, wurde u.a. das Kriegjahr 1914 und die darauf hinführenden Ereignisse ausgeblendet. Stadt-reklame ist solider, gründlicher, regionalgeschichtlicher Forschung zuwider. Es ist der Akademie zu danken, dass sie sich dieser Maxime nicht unterworfen hat und eine eigene Reihe zu diesem Themenjahr angeboten hat. Heute: der Hof und sein Staatsdom, im weitesten Sinne Staat und Kirche um 1913 bei uns.

In seiner Abhandlung über den ersten Weltkrieg in der Landesgeschichte hat Hans Ulrich Ludewig folgendes Bild vom Ende des Herzogtums geprägt: „widerstandslos kapitulierte das alte System; es war - so scheint es - einfach in sich zusammengebrochen.“¹

War das Knistern der Risse beim allmählichen In-sich-Zusammenbrechen des alten Systems im Jahr 1913 schon hörbar, war es ein Taumeljahr?

Welche Anteile hatte das Bürgertum am Zusammenbrechen des Herzogtums? War die Spannung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum die einzige, unter der das Herzogtum zusammengebrochen war? Gab es im Verhältnis von Staat und Kirche Risse und Spannungen, die auf ein Ende des Verhältnisses von „Thron und Altar“ hindeuteten? Dieser Frage will ich heute nachgehen.

Ein Blick auf das alte System.

Im Dom steht ein Sarg. Ein Sarg steht im Dom. Der Tote ist nicht in Braunschweig gestorben, er wird auch nicht in Braunschweig beerdigt. Warum dann in Braunschweig, wo keiner zuständig ist? Warum ausgerechnet im Dom? Der amtierende Bischof, Martin Erdmann, erklärt es in seiner Predigt: „Wir denken daran, dass er sein Amt als Bischof der Braunschweigischen Landeskirche gewissenhaft und verantwortlich führte.“² Der Tote im Sarg ist ein Braunschweiger Bischof gewesen, deshalb also im Dom aufgebahrt. Er hatte allerdings nicht Theologie studiert, er hatte nie gepredigt, er hatte nie eine Gemeinde geleitet, er war eine Art Politiker, der letzte Herzog, bevor das Herzogtum 1918 in sich zusammenbrach. Trotzdem Bischof von 1913 bis 1918, fünf Jahre lang. Um den Sarg eine Ehrenwache, wie sie auf den Dörfern von der Feuerwehr und Mitgliedern des Sportverein gestellt wird. Hier im Dom um den toten Landesbischof und Herzog Ernst August Mitglieder des Braunschweiger Adels, v.d. Schulenburg, v. Veltheim, v. Hantelmann sowie des Militärs: ein Oberstleutnants a.D. der Husaren 17 und des Infanterieregiments 92.³

Der Braunschweiger Adel hatte seinerzeit die wesentlichen Positionen im Residenzschloss besetzt. Darunter auch heute noch bekannte Namen:

Edgar von Cramm, Rittergutbesitzer von Ölber a.w.W. / Zeremonienmeister, Fritz von Veltheim, Rittergutbesitzer auf Destedt / Hofjagdjunker, Albrecht von Gadenstedt, Rittergutbesitzer auf Volkersheim und Gadenstedt, Kammerherr, Matthias von der Schulenburg-Nordsteimke, Domäne auf Bevern bei Holzminden / Hofjägermeister, Heyno von Münchhausen, Rittergutbesitzer auf Gr. Vahlberg / Kammerherr.

Weil der auf der Marienburg verstorbene Ernst August Herzog und Bischof war, stellten sich die Pfarrer der Stadt in Talar und Halskrause zum Trauergottesdienst rings um den Sarg. Da hatte die hundertköpfige Gemeinde noch am 3. Februar 1953 die vordemokratischen Stützen der Gesellschaft vor sich: Militär, Adel und Geistlichkeit, eine fragwürdige Dreieinigkeit. Die Erklärung von Bischof Erdmann spiegelt den Mief der Adenauerzeit und auch in der Landeskirche von damals wider. Lange Schatten des alten Systems.

Wie kam Ernst August zum Bischofsamt? 400 Jahre lang übte das jeweils regierende Oberhaupt zugleich die entscheidende „Kirchengewalt“ aus, so hieß der Fachausdruck. Nicht nur in Braunschweig, auch in Preußen, Bayern, Sachsen und anderswo. Ursprünglich war diese Konstruktion in der Reformationszeit als Übergangslösung gedacht, aber dann gefiel es den Königen und Herzögen, Macht über die evangelische Kirche zu behalten und ließen sie nicht mehr los. Die Landeskirchen ihrerseits hatten keine Kraft, sich aus dieser Bindung zu lösen, u.a. aus Bequemlichkeit: sie wurden vom Staat rundum versorgt, zeitweise mehr schlecht als recht. „Thron und Altar“ waren also dicht zusammengerückt, und automatisch war Ernst August, auch noch 1913, obwohl erst 25 Jahre alt, Oberhaupt der Braunschweiger Landeskirche. Seelsorge und Kirchenverwaltung waren ihm fremd.

Der Riss zwischen dem Thron und der Moderne

Die Vorstellung vom „Thron“ sowie der Anlass des 3. November 1913, nämlich die „Thronbesteigung“ im Thronsaal des Schlosses klangen nach Mittelalter, nach Macht, Entscheidungskompetenz, Finanzfülle. Das hatte sich längst aus dem Schloss in andere Bereiche der Stadt verlagert, in das Staatsministerium und die Industrievillen auf der Charlottenhöhe.

Das mittelalterliche Braunschweig war im Südwesten abgerissen. Nach dem Straßendurchbruch von der Friedrich Wilhelmstraße zum Kohlmarkt hin⁴ war ein riesiges hochmodernes Einkaufszentrum mit überdimensionierten mehrstöckigen Warenhäusern, einer 40-60 Meter langen Gebäudefront, teilweise zur Straße völlig verglast, entstanden, das mit Bohlweg, Steinweg, Sack und Damm als dem traditionellen Einkaufszentrum konkurrierte. Braunschweig hatte den Anschluss an die Moderne gefunden. Es stießen zwei Welten aufeinander.

Jene, die die Spannung zwischen Tradition und Moderne nicht aushielten, flüchteten sich in eine selbstgemachte, ausgedachte Vergangenheit, den Historismus.⁵ Die Burg Dankwarderode wurde 1890 in historistischer Kitsch-Romanik aufgebaut.

Auch sämtliche Stadtkirchen wurden historistisch ausgemalt. Im Innenraum des Domes überdeckten nun Blümchen und springende Hirsche und sonstige liebliche Ornamente die herben mittelalterlichen Malereien. Das markante Imervardkreuz

verschwand auf diesem romantisierenden Hintergrund. Es wurde erst durch die Erneuerung der romanischen Struktur durch Ministerpräsident Klagges anschaulich, der den historistischen Schnickschnack beseitigte. Im Innenraum des Domes wurde ein großer runder Kronleuchter mit Eisernen Kreuzen aufgehängt. Der industrielle Aufbruch hatte noch keine eigene künstlerische Form gefunden.

Vor allem das aufblühende Bildungswesen machte sich architektonisch eindrucksvoll bemerkbar: die breiten, backsteinartigen Schulgebäude mit Schulhöfen, Turnhallen und sogar Duschen und Schultoiletten dominierten in der Okerstraße, Leonhardstraße, Maschstraße, Hohestieg, Heinrichstraße, Bürgerstieg, Comeniustraße, insgesamt über zehn neue, markante Schulgebäude.⁶ Sie waren von den Stadtbaumeistern Carl Tappe und Ludwig Winter errichtet worden. Allein in der Stadt Braunschweig gab es in diesem Zeitraum 9 Ziegeleien. Förderer dieses schulischen Aufbruches war der Schuldirektor Gustav Schaarschmidt, im September 1913 78jährig, verstorben, wohl ein runder Anlass seiner zu gedenken, „ein verdienstvoller Lehrer und Organisator der Braunschweiger Bürgerschulen“, heißt es in einem Nachruf; seit 1877 bis 1908, also 31 Jahre lang als Schuldirektor an der Spitze der Braunschweiger Bürgerschulen, Mitglied der Landesversammlung und Landessynode, Mitbegründer des Freien kirchlichen Vereins,⁷ aber im Stadtlexikon und Biografischen Lexikon ausgelassen. Allein zwischen 1901 und 1910 stieg die Zahl der Lehrer von 229 auf 309 und der Etat für die Lehrerschaft von 593.816 M auf 879,666 M. Aber die Klassenfrequenz blieb mit zwischen 50 und 60 Schülern viel zu hoch.⁸ Schaarschmidt schied bei seiner Pensionierung im Streit mit der Lehrerschaft, die sich in neuen Schulgebäuden auch eine fortschrittliche Pädagogik wünschte und schwer enttäuscht war, als durch das Schulgesetz von Mai 1913 die Trennung von Kirche und Schule nur halbherzig vollzogen und sie zu einer Erziehung im vaterländischen und christlichen Geiste verpflichtet wurde. Ihre einleuchtende Devise war: die Schule den Pädagogen, die Kirche den Theologen. Anders als in Preussen, wo die geistliche Schulaufsicht im Rahmen des Kulturkampfes 1872 aufgehoben wurde, verblieb in Braunschweig die Oberhoheit über die Schulaufsicht beim Konsistorium. Ein gewaltiger Riss ging durch die Schulrealität, denn 800 Lehrer versammelten sich vor der Abstimmung im Landtag und forderten parteiübergreifend die Übernahme des preußischen Volksschulwesens. Dem von Ludewig das letzte Mal vorge-

tragenen Riss zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum muss hinzugefügt werden der Riss zwischen Staatsministerium und Lehrerschaft.

Der wirtschaftliche Aufbruch ging auch an den Kirchen nicht spurlos vorbei. Die Stadtkirchen innerhalb des Okergrabens wurden gründlich saniert, und es entstanden außerhalb des Okergrabens nicht weniger als sechs neue christliche Kirchen: Johannis, Pauli und die Jakobikirche, die katholische St. Joseph- und Laurentiuskirche und die Garnisonkirche. Die letztere als erste: Militär hat Vorrang.

Gegenüber dem gesellschaftlichen Aufbruch waren Schloss und der „Thron“ Symbole ihrer politischen und gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit.

Der Thronsaal und die anderen 150 Zimmer des Schlosses waren ein kaltes Glitzerghetto. Es war ihr alles „fremd“, so erinnerte sich Victoria Luise. Für das junge Paar war das Schloss eine kalte, fremde Pracht. Die Zimmer waren vollgestellt und die Wände vollgehängt mit ca 200 Gemälden, ganz überwiegend Brustbilder von fetten Männern in Uniform, oder mit kriegerischen Schlachtmotiven, ganz selten Landschaftsbilder.⁹ Ich kann mir gut vorstellen, dass sich Victoria Luise anfangs auf der Straße wohler gefühlt hat, wenn sie ihr Bad in der Menge nahm. Flucht aus dem toten Glitzerghetto.

Die Thronrede am 3. November nach der Thronbesteigung war eine nette, kurze Ansprache, Dank an die Bevölkerung und das Versprechen, für das Wohl und Glück der Braunschweiger zu sorgen.¹⁰ Dazu hatten sich die Vertreter des Landtages im Thronsaal versammelt. Von einem neuen Anfang, gar einem Aufbruch war nichts zu hören. Was, wenn Ernst August schon 1913 wenigstens angetippt hätte, was er 1918 dann vorschlug: nämlich die Übernahme des Wahlgesetzes des Reiches für den Braunschweiger Landtag? Darauf waren manche Hoffnungen gerichtet. Nicht nur in der Arbeiterschaft. Auch breite bürgerliche Bevölkerungsschichten mahnten, so der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger, ein anderes Wahlrecht an. Aber als Minister Hartweg 1912 ein modifiziertes Wahlrecht in die Landesversammlung einbrachte, wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Der Sohn, Wilhelm Hartweg hat in einem Aufsatz 1972 die Vermutung geäußert, dass sein Vater die Absicht hatte, nach der Thronbesteigung den Antrag erneut in die Landesversammlung einzubringen¹¹, aber Minister Hartweg, im Dezember pensioniert, starb im Januar 1914. Das war neben dem Riss

zwischen Lehrerschaft und Staatsministerium ein weiterer parteiübergreifender Riss zwischen Bevölkerung und Landesversammlung.

Architektonisches Abbild des alten Systems von „Thron und Altar“ war das städtebauliche Nebeneinander von Residenzschloss und Dom. Auffälligerweise hatte das Residenzschloss keine Schlosskapelle, wie Viktoria Luise es von Potsdam und Berlin her kannte. Es gab dafür nur geplante Räume im Südflügel, die nie ausgeführt worden waren. Auch nach dem Schlossbrand 1864 wurde innerhalb der 150 Zimmer kein Andachtsraum geschaffen. Wenn der Herzog zum Gottesdienst wollte, konnte er von der Rückseite des Schlosses an den Pferdeställen vorbei links um die Ecke die Magnikirche erreichen. Magni indes war eine Bürgerkirche, unpassend also. Zum Herzog passte die Hofkirche. Also von der Vorderseite über die Straße, und dann waren sie im Staatsdom. Der Dom gehörte rechtlich nicht in den Kranz der Bürgerkirchen Magni, Katharinen, Andreas, Martini, Petri und Michaelis. Er gehörte nicht zum Stadtkirchenverband. Am Staatsdom hatte der Herzog alleiniges Besetzungsrecht und die Besoldungspflicht für Hof- und Domprediger, den Hof- und Domkantor (Friedrich Wilms) den Hof und Domorganisten (Heinrich Schrader). Zum Dom gehörten daher nicht wie bei den anderen Kirchen vor allem die Bewohner der drum herum liegenden Straßen, sondern die Bediensteten des Hofes. Also: der Zeremonienmeister, 16 Kammerherren, 6 Kammerjunker, Gärtner, Stallmeister, Wagenmeister, Hofküchenmeister, Köche, Mundschenk, Silberverwalter, Leinenkammer-Vorsteherin,¹² das Ensemble des Hoftheaters und der Hofkapelle. Das waren die Gemeindemitglieder am Staatsdom. Es war eine Personalgemeinde ohne Kirchenvorstand wie die anderen Stadtkirchen. Statt Kirchenvorstand war dem Dompfarrer ein vom Herzog bestellter Ausschuss beigegeben.¹³ Der Domprediger gehörte nicht zum sog. Geistlichen Ministerium, dem Konvent der Stadtpfarrer. Der Dom hatte eine Sonderrolle.¹⁴ Das merkte man an der Höhe der Kollekten. Am ersten Oktobersonntag 1913 war Erntedankfest. Es wurde wie immer für die sog. „verschämten Armen“ gesammelt, um die sich der Montagsverein kümmerte. Das Kollektenergebnis: Petri 17 M.; Andreas 34 M.; Pauli 77 M.; Katharinen, Michaelis und Magni ca 170 M.; der Dom 431 M.¹⁵ Der Domprediger v. Schwartz spottete gelegentlich, seine Kollekten seien so hoch wie in allen anderen Stadtkirchen zusammen. In der Hofkirche sammelte sich neben der Personalgemeinde des Hofes eben auch das zahlungskräftige monarchisch

gesonnene Braunschweig. Vielleicht lag der gute Besuch auch an den Predigten des Dompredigers.

Beim Festgottesdienst am Tag nach dem Einzug begrüßte der Domprediger Karl v. Schwartz den Herzog als Bischof der Landeskirche. Für das Herzogsehepaar waren vor der Kanzel zwei Sessel hingestellt. Es gab im Dom keinen hervorgehobenen Sitz, wie er auf dem Lande noch für die Patrone reserviert war. Der gesamte Hofstaat hatte sich im Dom versammelt, der Domchor sang, und der Domprediger Karl v. Schwartz leitete den Gottesdienst. Er war seit fünf Jahren am Dom, 40 Jahre alt und galt als gemäßigter Lutheraner, nicht so liberal wie Pfarrer Emil Schomburg an der Magnikirche, und nicht so betont konfessionell wie Pfarrer Herbert Brakebusch von der Petrikirche. v. Schwartz predigte über das Bibelwort (Lukas 1,49) „Gott hat große Dinge an mir getan, der da mächtig ist.. und seine Barmherzigkeit wähet immer für und für bei denen, die ihn fürchten.“ Dabei nannte v. Schwartz die soziale Fürsorge für jene, die in besonderen Nöten stecken und deren sich keiner annehme, als eine besondere Verantwortung des Herzogs.¹⁶ Diese Not hatte der Herzog täglich vor Augen, wenn er aus dem Fenster des Südflügels auf die rückwärtige Hofseite der Friesenstraße sah. Das war ein Bild gedrängten Elends und sichtlicher Armut. Diskutiert wurde in jenen Tagen ein Abriss der Friesenstraße, um dem Residenzschloss die nötige „Schlossfreiheit“ zu geben.

v. Schwartz sprach eingangs den Herzog an als den, „der fortan oberster Bischof unserer Landeskirche und zugleich als das vornehmste Glied der Gemeinde, die in diesem Gotteshause sich sammelt.“ Das war auch ein Wort der Distanzierung von Sonderwünschen des Herzogs. Als dieser den Domprediger einmal bat, seine Predigt abzukürzen, weil er noch einen Termin habe, erwiderte v. Schwartz, für eine private Hausandacht käme er gerne aufs Schloss, im Dom habe die Gemeinde das Vorrecht. Der Dom auf dem Weg von der Hofkirche zu einer Gemeindekirche?¹⁷

Das Staatsministerium

Der Zwilling „Thron und Altar“ konnte den Eindruck erwecken, als ob beide gleichberechtigt nebeneinander stünden. Gerade dies meinte das Begriffspaar nicht.

Zwischen Residenzschloss und Dom lagen Rathaus und das massive Gebäude des Staatsministeriums. Dort fielen die grundlegenden politischen und auch kirchenpolitischen Entscheidungen. Im Staatshandbuch rangierte das Herzogliche Konsistorium als Unterabteilung des Staatsministeriums, das auch die Gehälter der Kirchenbehörde zahlte. Daran änderte sich auch nichts, als die sog. Räterepublik ausgerufen wurde, denn die Räte fürchteten eine Beteiligung der Kirche an einer möglichen Konterrevolution. So erscheinen also Oerter und Minna Faßhauer als von Gott gesetzte Obrigkeit federführend in den Amtsblättern der Landeskirche.

Der entscheidende Mann in der Landeskirche 1913 war nicht der Herzog als Bischof, sondern Kultusminister Karl Wolff. Wolff war 1913 57 Jahre alt, seit 5 Jahren (1908) Minister. Er und seine Vorgänger im Kultusministerium August Trieps und Adolf Hartweg bestimmten die Richtlinien der Kirchenpolitik im Herzogtum und zwar mit harter, herrischer Hand, insbesondere gegenüber der Landessynode. Mit der Bildung einer Landessynode war nämlich die Alleinherrschaft des Staatministeriums eingeschränkt. Die Frage nach der Abgrenzung der Kompetenzen löste jeweils heftige Debatten aus, zumal das Staatministerium die Verhandlungen der Synode regelmäßig kontrollierte, oft genug eingriff und sogar Beschlüsse stornierte. Von einer Trennung zwischen Staat und Kirche wollten die Minister nichts wissen, ihre Absichten gingen eher in die Richtung einer christlichen Staatskirche. Dafür hatten sie die Rückendeckung der jeweiligen Vorsitzenden des Ministeriums: seit 1874 Wilhelm Schulz, dann 22 Jahre lang bis 1911 Albert (v.) Otto, danach Adolf Hartweg, der im Januar 1914 starb. Auch die Gründung eines Pfarrervereins 1892, dem ein Jahr später bereits mehr als die Hälfte der Pfarrerschaft angehörte, wurde als ein Angriff auf die Fürsorgepflicht von Konsistorium und Staatsministerium missverstanden und geriet umgehend unter Linksverdacht. Als der Deutsche Pfarrervereinstag 1896 in der Stadt tagte, glänzten Konsistorium und Staatsministerium durch Abwesenheit. Aus den Reihen des Pfarrervereins gab es scharfe Angriffe auf das Thron und Altar Verhältnis.

Priorität des Militärischen

Die politische Kompetenzlosigkeit des Herzogs wurde verdeckt durch die Priorität des Militärischen und durch den Putz der Uniformen. Als sein „Frauchen“ mit 18 Jahren

konfirmiert wurde, der schulische Privatunterricht vorbei war und die Erzieherinnen entlassen wurden, hätte es nahe gelegen, dass Victoria Luise mit ihren Freundinnen nun einen Bildungsurlaub macht, in Italien oder in England bei Verwandten oder sonst wohin. Der Kaiser hatte eine andere Idee. Vier Tage nach der Konfirmation schenkte er seiner einzigen Tochter das Kommando über ein Husarenregiment und die dazu gehörige Uniform, in der sie sich bei Papa umgehend vorstellen musste und geknipst wurde, auf dem Stuhl und zu Pferde.¹⁸ Sie bedankte sich begeistert und hat sich aus diesem Milieu nicht mehr gelöst. Im Alter war es ihr in der Gesellschaft von Traditionsverbänden der Bundeswehr am Schönsten. Die Chance, die zivile Welt kennenzulernen und lebensstüchtig zu werden, war damals vertan und wurde auch 1919 ausgeschlagen, wo Victoria Luise als 26 jährige Frau noch alt genug war, um einen Beruf zu lernen und auf selbständigen Beinen zu stehen. Sie lebte bis ins Alter mit hohen Ansprüchen an andere, was die Familie zerrüttete, und in der Erwartung, lebenslang bedient zu werden. Gönner fand sie immer.¹⁹ Ganz anders ihr Gegenbild Minna Faßhauer.

Uniformen waren keine nebensächliche Klamottenfrage, sondern signalisierten den Stand und sogar eine politische Gesinnung. Als der neue amerikanische Botschafter im November 1913 seinen Antrittsbesuch beim Kaiser im Schloss machte, bestieg er „im gewöhnlichen Gesellschaftsanzug“, den Zylinder statt Helm in der Hand, die königliche Staatskarosse. Präsident Wilson „betont, wie man sieht, seine demokratischen Grundsätze auch in scheinbar nebensächlichen und äußerlichen Dingen“, kommentiert der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger.²⁰ Daher ist jene Annonce der Buchhandlung Wollermann und Bodenstab am Bohlweg nicht bedeutungslos, die zum Tag des Einzugs zwei unterschiedliche Fotografien des Herzogpaares zum Verkauf anbot. Die eine: beide stehend, der Herzog als Ziethenhusar. Die andere: das Herzogpaar sitzend, angelehnt. (nicht in Uniform), war in Klammern hinzugefügt, „ein sehr ansprechendes, gern gekauftes Bild“ warb Wollermann „in drei verschiedenen Ausführungen“.

Um jene Zeit korrespondierte Wilhelm II. mit dem Engländer Houston Stewart Chamberlain, der das zweibändige Werk „Grundlagen des 20. Jahrhunderts“ geschrieben hat. Chamberlain entwarf das Bild eines nordischen Christentums, das im Gegensatz zu einem westeuropäischen Christentums stünde, stramm antisemitisch war, einen

überheblichen Hass gegen slawische Kultur pflegte und den Vorrang einer deutschen, christlichen Kultur vor allen anderen mit einem weltweiten missionarischen Auftrag behauptete.²¹ Wilhelm II. stimmte ihm darin zu, und Alfred Rosenberg setzte Chamberlains Thesen in seinem Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ fort und wurde der Chefdenker der Nazis. Ein weiteres Beispiel für den kurzen Weg von Wilhelm zu Adolf.

Dass das alte System mentalitätsgeschichtlich noch lange Bestand hatte, lag u.a. auch an der Liturgie des Gottesdienstes. Schon am 17. Oktober 1913 erreichte das Konsistorium ein Schreiben aus dem Staatsministerium, sich auf einen Regierungswechsel einzustellen, nämlich auf die „Beendigung der Regierungsverwesung durch den Regenten“ und die Kirchengebete anzupassen.²² Nach der Erwähnung des Kaisers mussten nun auch der Landesherr und seine Gemahlin in das Gebet eingeschlossen werden: „Walte mit Deiner allmächtigen Gnade über dem deutschen Kaiser, über unsern Herzog und Landesherrn, der Herzogin, seiner Gemahlin und dem ganzen Fürstlichen Hause Braunschweig-Lüneburg in allen seinen Gliedern“... „Segne aus dem Reichtum Deiner Barmherzigkeit unsern Herzog und Landesherrn“, „lasse die Fülle Deines Segens ruhen auf unserm Herzog“ (am Erntedankfest).²³

Die Gebete für die Obrigkeit, für alle, die uns regieren, gehörten zur jahrhundertealten Gebetstradition und wirkten, weil im sonntäglichen Gottesdienst verwendet, jeweils systemstabilisierend. Das war auch 1913 so, und war besonders problematisch, als die Obrigkeit Adolf Hitler hieß.

Dem äußeren Anschein nach kümmerte sich der Bischof auch um Kleinigkeiten in der Landeskirche z.B. um die Gebühren bei Amtshandlungen. Die erste Kirchenverordnung, die dieser Bischof und Herzog unterschrieb, behandelte „die in die Kirchenkassen für geistliche Amtshandlungen fließenden Gebühren: für Haustaufen in den Städten 10 M, in den Landgemeinden 5 M., für Haustrauungen in den Landgemeinden, für Leichenreden im Hause und in den Gemeinden“. So geringfügig der Anlass, so großartig die Einleitung: „Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland verordnen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirat Unseres Herzoglichen Konsistoriums.. was folgt: § 1: Die in die Kirchenkassen fließenden Gebühren...“ Der Herzog als Unterschriftenkulisse am langen Arm des Kultusministeriums.

Von Gottes Gnaden bedeutete, dass weder die Pfarrerschaft noch das Konsistorium gefragt worden waren, ob sie den sehr jungen welfischen Prinzen, Ernst August, als Bischof haben wollten. Er war auch nicht, wie sein Nachfolger 1923, von der Landesynode in das Bischofsamt gewählt worden, sondern war eben „von Gottes Gnaden“ Herzog zu Braunschweig und Bischof in der Landeskirche. Von der Geistlichkeit erwartete er Treue und Gehorsam und dass sie „Uns nach Kräften in der Erfüllung Unserer Pflichten zur Wohlfahrt der Gesamtheit unterstützen werden“, hieß es zum Regierungsantritt vom 1. November 1913.²⁴

Seit der Aufklärung, spätestens seit der Französischen Revolution war die Ableitung der politischen Gewalt von der Gnade Gottes anachronistisch. Sie war ein Ausdruck angemäßer Unabhängigkeit und unzeitgemäßer, unantastbarer Überhöhung des Amtes. Genüsslich spießte der Redakteur des Volksfreundes, Richard Wagner, diese unzeitgemäße Ableitung bei einer Gegenveranstaltung zum Einzug am 2. November im Konzerthaus auf und bemerkte, Preußen habe sich 1866, als es das Königreich Hannover annektierte, an die Gnade Gottes nicht gekehrt und König Georg V. sein Land genommen. Die Gnade habe es ihm gelassen.²⁵

Eine Woche nach seiner Thronbesteigung ließ der Herzog die Mitglieder des Herzoglichen Konsistoriums zum Vortrag kommen. Zu ihrem Bischof kamen der Konsistorialpräsident und Jurist Friedrich Sievers und die später wichtigen theologischen Konsistorialräte Emil Moldenhauer und Vitus Dettmer, jedoch nicht allein, sondern begleitet vom Kirchenminister Karl Wolff.

Ob bei dieser Besprechung eine Rundreise durch die kirchlichen Sehenswürdigkeiten der Landeskirche verabredet wurde, erscheint ungewiss. Victoria Luise erwartete ein Kind und war im fünften Monat. Die Kaiserin kam zum Besuch, um nach ihrer Tochter zu sehen. Sie schickte auch ihren Leibarzt. Das war keine günstige Zeit, im Lande herumzufahren. Im März war die Entbindung, im Mai die Taufe im Dom in Anwesenheit des Kaiserpaares, danach blieb erst Zeit zu repräsentativen Besichtigungen. In der Literatur liest man es so: nach der triumphalen Begrüßung in Braunschweig wären sie im Lande herumgefahren und seien überall enthusiastisch empfangen worden. Das ist ein Irrtum und Herzog-Marketing.

Die ersten beiden Wochen nach dem Einzugsevent gehörten der Bevölkerung, die auf der Straße die Nähe der Spazieren gehenden Kaisertochter suchte, darunter auch Arbeiterfrauen. Der Volksfreund ermahnte seine Leserinnen: „Proletarierfrauen sollten etwas mehr Charakter zeigen und diese Gafferei dem hurrapatriotischen Mob überlassen.“²⁶ Mit einem „politischen Kirchenboykott“ in den beiden letzten Novemberwochen warb er für vermehrte Kirchenaustritte, nach dem Muster der Gruppe „Konfessionslos“ in Berlin, die in jenen Tagen 12 Hauptversammlungen gestartet hatten.²⁷ Auch in Braunschweig gab es zwei Kundgebungen, an denen sich sogar einige Braunschweiger Pfarrer diskutierend beteiligten und hinterher die faire Diskussionsleitung lobten.²⁸ In Braunschweig verfielen sie auf die originelle Idee, den Kirchenbesuch am Sonntagmorgen zu zählen und zu veröffentlichen.²⁹ Neu gebildete Ausschüsse sollten sich um dieses Thema nachhaltig kümmern. Ein weiterer Hinweis auf Risse in der Stadtbraunschweiger Gesellschaft, aber auch innerhalb der Arbeiterbewegung.

Das System Dom - Schloss / Kirche und Staat auf dem Lande

Das alte System hatte noch Bestand insbesondere auf den Dörfern: da regierte „die Herrschaft“, use Harre. Auf dem Lande dominierten auf herausragenden Herrschaftssitzen Adel, Rittergutbesitzer, auch Amträte auf Domänen und Klostergütern. 1913 gab es im Herzogtum insgesamt 75 Rittergüter, 37 Staatsdomänen und 15 Klostergüter.³⁰

Sie beherrschten in der Regel mit ihrem 200 - 500 ha großen Besitz an Ackerfläche, Wiesen und Forst die kleinen Dörfer, schufen dortige Arbeitsplätze und ein bestimmtes Dorfmilieu. Dazu waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zuckerrübenbarone gekommen, die, durch den Zuckerrübenanbau reich geworden, an den Dorfrändern ihre Zuckerrübenburgen errichteten.

Rittergutbesitzer und Domänenpächter waren mit den Dorfkirchen eng verbunden durch das Patronat. Als Patrone waren sie für die Bauunterhaltung der Dorfkirchen zuständig, und hatten das Recht, sich den Pfarrer und auch den Dorflehrer auszusuchen (dem Konsistorium zu „präsentieren“), sie hatten einen Sitz im Kirchengemeinderat und die Familie einen bevorzugten Sitzplatz in der Kirche. Das war eine Nebenform von „Thron und Altar“, die bis heute in einigen Familien wirksam ist. Sie blieb typischerweise auf den Dörfern nach 1918 unberührt. Die von Sepp Oerter großar-

tig angekündigte sozialistische Bodenreform versandete, weil die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung Vorrang hatte und diese nur durch einen Fortbestand der patriarchalischen Strukturen auf dem Lande gesichert erschien.

Typisch für die „Use Harre“-Struktur auf dem Lande ist jene Geschichte aus den 50er Jahren, als das Ehepaar Köchy, das die Domäne in Jerxheim bewirtschaftete, mit dem Knecht Andreas bei der Bundestagswahl 1953 das Wahllokal betrat und Andreas etwas hilflos mit dem Wahlzettel in der Hand laut rief: „Wat wählt use Harre?“ „Bist du stille“ zischte ihn Frau Köchy an. „Wir leben jetzt in einer Demokratie“. Er war gewohnt, „Usen Harren“ hinterherzuwählen.

Es ist im Vorfeld der städtischen Veranstaltungsreihe darüber diskutiert worden, ob das Kriegsjahr 1914 in die Beschreibung des Thronbesteigungsjahres mit hineingehörte. Das wurde abgelehnt, u.a. weil diese Thematik dem Stadtmarketing nicht zuträglich sei. Die Risse in den herzogliche Strukturen wurden 1913 zusätzlich vergrößert durch die angespannte außenpolitische Lage, die als dunkle Wolke über dem ganzen Jahr 1913 schwebte. Schon Jahre zuvor war auf allen Ebenen der Gesellschaft ein möglicher Krieg ausführlich diskutiert worden.

1912 war das Buch von Friedrich von Bernhardi „Deutschland und der nächste Krieg“ erschienen. Bestrebungen nach Abschaffung des Krieges müssten als unsittlich und menschenunwürdig gebrandmarkt und Frankreich völlig niedergeworfen werden. Wenn Volk und Regierung jedes nötige Geld- und Blutopfer bringe, sei ein Kampf um unsere Weltstellung nicht zu fürchten“. Im selben Jahr schilderte der Volksschullehrer Wilhelm Lamszus unter dem furchtbaren Titel „Das Menschenschlachthaus“ die Folgen der Erfindung des Maschinengewehrs, die als „Grabmaschinen Millionen Leichen in die Erde schaufeln.“³¹

Bei der Eröffnung einer Jahrhundertausstellung 1813 - 1913 im Januar 1913 in Königsberg machte Wilhelm II. „auf den großen Ernst der weltpolitischen Lage aufmerksam, die noch mehr Opfer erfordern werde als die von 1813. „Möge der Geist furchtloser und eiserner Entschlossenheit aus dem Jahre 1813 in die Gegenwart herüberwehen“. „Nicht als wollten wir leichtherzig mit Kriegsgedanken spielen, aber so, dass wir jederzeit ruhig und still auf alles gefasst und auf alles gerüstet sind,“ kommentierte das Braunschweiger Volksblatt die Kaiserrede.³² Diese Krisensituation wurde das ganze Jahr hindurch pausenlos durch hochpatriotische Feiern in Erinnerung gerufen und

gipfelte am 18. Oktober mit einer bombastischen Jahrhundertfeier aus Anlass der sog. Völkerschlacht bei Leipzig als Befreiung Deutschlands von Napoleon mit 120.000 Toten und Zehntausenden von Verwundeten und Verkrüppelten in und um Leipzig. Der Kaiser weihte an diesem Tag ein scheußliches, protziges Denkmal auf der Ebene vor Leipzig ein. Das Denkmal war 90 Meter hoch, an der Spitze hielten 12 Meter hohe Krieger ringsum Ausschau nach möglichen Feinden. Den Eingang schmückte eine riesige Engelsgestalt, St. Michael mit dem Schwert, den Wilhelm II. zum „Engel der Deutschen“ befördert hatte und über ihm das Wort „Gott mit uns“. Keinesfalls mit den Franzosen, sondern mit den Siegern. Der „Gott mit uns“ am Völkermorddenkmal reklamierte das Religiöse für die Garantie des Sieges und blieb über alle verstörenden Niederlagen in der unreflektierten Volksfrömmigkeit erhalten bis auf den Koppelschlössern der deutschen Wehrmacht bei der Vernichtung der weißrussischen Zivilbevölkerung 1944. „Gott mit uns“ ist eine bis heute von Kirche und Theologie nicht ausreichend bearbeitete, schwer belastete Rede- und Denkweise.

Pfarrer Broistedt aus Erkerode war in Leipzig 1813 dabei und schwärmte: „Ein überwältigender Augenblick war es für mich, als vor dem gigantischen Bau Deutschlands Fürsten inmitten von 60.000 Deutschen aus allen Gauen des Vaterlandes dem Herrn der Heerscharen das „Nun danket alle Gott“ erschallen ließen“.³³ Die Botschaft dieses Denkmals lautete: „Durch Krieg zum Sieg. Durch Sieg zum Frieden“.

Auch in der Stadt Braunschweig gab es am Sonnabend ausgedehnte Veranstaltungen und einen Festumzug, der abends auf dem Nußberg endete, die Gesangvereine hatten sich zu einem Massenchor vereinigt und im Fackelschein sprach der stimmungsgewaltige Stadtrat v. Frankenberg die Jugend auf ihre zukünftige Aufgabe an: „Unsere Jugend, die sich heute mit uns hier in dichten Reihen geschart hat, sie wird nicht zaudern, den Vätern an Kampfesmut und Opferfreudigkeit, an Vaterlandsliebe und Gottvertrauen nachzueifern.“ Und mit Versen von Theodor Körner wird die Frontphantasie der Jugend entfacht: „Auf mutig drein und nimmer bleich, denn Gott ist allenthalben. Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben.“³⁴ Die Verse aus dem volkstümlichen Lied Körners „Auf bleibet treu und haltet fest. Der alte Gott, der deutsche Gott lässt sich noch immer schauen“ waren die Versatzstücke, mit denen die Hitlerjugend auf den Endsieg eingeschworen wurde. Die begeisterte tausendköpfige Menge auf dem Nußberg stimmte 1913 an: „Deutschland Deutschland über alles“.³⁵

Am Sonntag Festpredigten. Pfarrer Lehmann predigte in der Brüdernkirche über „Ein Volk steht auf!“ Pfarrer Meyer von der Michaeliskirche griff das „Gott mit uns“ Motiv auf nach 1. Kön.8, 57 „Der Herr unser Gott sei mit uns, wie er gewesen ist mit unsern Vätern.“ Die Einheit 1870/71 sei uns wie ein Geschenk Gottes in den Schoß geworfen worden,³⁶ und 1989 erschien wieder ein Plakat mit dem Brandenburger Tor und dem Vers „Nun danket alle Gott“.

In Braunschweig indes gab es noch eine Auseinandersetzung: es war der Wehrverein, der sich ausgiebig mit einem kommenden Krieg beschäftigte. Dazu hatte er Generalmajor Keim zu einem Vortrag am 15. November in den Wilhelmgarten eingeladen. Der große Saal war voll. Der Generalmajor: Es schleiche ein Geist in Deutschland umher, der den ewigen Frieden predige zum Schaden unserer selbstbewussten Kraft. „Ich halte die Bestrebungen dieser Friedensgesellschaft für einen Schaden für Deutschland. Am meisten bedaure ich, dass evangelische Geistliche sich mit an die Spitze dieser Friedensbestrebungen gestellt haben. Das war im Jahr 1813 anders! Da waren es evangelische Geistliche, die zum Befreiungskampf aufforderten und die Freiwilligen einsegneten. Und jetzt soll es anders sein? Jetzt soll auf einmal ein Krieg nicht mehr christlich sein?“ Dieses ewige Predigen zur Friedensliebe ist nichts weiter als die Erziehung zur Feigheit.³⁷

Das mochte Pfarrer Schomburg nicht so stehen lassen und lud Pfarrer Nickhat-Stahn von der Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche aus Berlin zu einem Männerabend in die Magnigemeinde ein. Pfarrer Walther Nickhat-Stahn hatte im Sommer 1913 eine Friedensinitiative gestartet und in einem Aufruf auf die „beispiellosen Kriegsrüstungen“ in Europa hingewiesen, auf eine Kriegsgefahr, die „verschärft durch Haß und Mißtrauen der Völker untereinander, zur blutigen Entscheidung drängen kann.“³⁸ Der Aufruf versuchte, „aus diesem Dilemma des Krieges ohne Ende einen Ausweg zu suchen“. „Wir fordern von den Völkern christlicher Kultur das sittliche Opfer, dass sie unter Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes und der Gelüste gewaltsamer Eroberung einen internationalen Rechtszustand herbeiführen, der das Gewaltmittel der Waffen ausschaltet.“ Einige Theologieprofessoren und 100 Pfarrer hatten die Resolution unterzeichnet, als Nickhat-Stahn nach Braunschweig kam.³⁹ Es gab eine lebhaftere Aussprache. Das Braunschweiger Volksblatt berichtete entsetzt. Die Resolution sei im Grunde gegen das Heer gerichtet. Auch die Ähnlichkeit mit sozialdemokratischen

Forderungen wirkten abstoßend. Einen ewigen Frieden werde es erst im Jenseits geben. Das war anderen Pfarrern zu spät. Aus Braunschweig unterzeichneten den Aufruf noch Richard Gerlich, Pfarrer an der Johanniskirche, Heinrich Runte an der Andreaskirche, Franz Schmitt von der reformierten Gemeinde und Ernst Fischer aus Gr. Vahlberg. Das waren Risse in der angeblich geschlossenen Front der Kriegsbegeisterung. Das wäre der Übergang zu einer ähnlichen Reihe mit uns Dreien im neuen Jahr: das erste Kriegsjahr 1914/15, wenn Sie mögen.

- 1 Jarck/ Schildt Die Braunschweigische Landesgeschichte S.934
- 2 BV 15.2.1953 (Braunschweiger Volksblatt)
- 3 BZ 5.2.1953
- 4 Der Durchbruch wurde 1873 begonnen und dauerte mehrere Jahre. 1879/80 wurde die kaiserliche Oberpostdirektion gebaut. In Arnhold und Kotybra Architektur im Kaiserreich Braunschweig 1871 - 1918 S. 35 die Geschichte des Hauses Anker Friedrich Wilhelmstr. 51 mit einem Bild von der Glasfront.
- 5 Dazu verweise ich auf den Aufsatz von Símon Paulus „Braunschweigische Identitätssuche zwischen Tradition und Reform“ im Aufsatzband zur Ausstellung im Landesmuseum „1913 - herrliche Zeiten“ S. 78 ff
- 6 Es gab 1911 insgesamt 19 untere und mittlere Bürgerschulen, davon 5 mittlere für Jungen und 4 für Mädchen. nach Bericht der Stadt Braunschweig 1906 - 1911 S. 256
- 7 BAA (Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger) 22.9.1913 eine ausführliche Biografie. Seltsamerweise scheint er im Stadtlexikon und Biografischen Lexikon ausgelassen. BAA 24.9.1913 Bericht von der Beerdigung und der Predigt von Pfr. Beck (Jakobikirche) und von Lagershausen (Paulikirche) am Grab.
- 8 Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig Heft XXII 1908
- 9 S. 80 Bernd Wedemeyer Eva-Maria Willemsen Braunschweiger Hofkultur 1830-1918 Ausstattung und Fragmente des ehemaligen Residenzschlosses Braunschweig 2001 471-477 Die Gemäldeausstattung des Residenzschlosses zwischen 1837 und 1935
- 10 Thronrede in BAA 4.11.1913; auch BLZ 3.11.1913
- 11 Wilhelm Hartweg Versuch der Herzoglich- Braunschweigischen Regierung zur Verbesserung des Wahlrechts (1912) in: Braunschweigisches Jahrbuch 1912 230 -246. „Ich vermute, dass Staatsminister Hartweg die Wahlrechtsfrage bald nach der Thronbesteigung wieder aufgegriffen hätte - nicht nur, weil er das Gesetz unbedingt durchsetzen wollte, sondern weil ein Erfolg für den jungen Herzog eine glückliche Einführung bedeutet hätte“ ebd 245
- 12 Hof- u. Staatshandbuch des Herzogtums Braunschweig 1909
- 13 Amtsblatt des Herzoglichen Braunschweig-Lüneburgischen Konsistoriums 1911 2.11.1911 133 - 135 Nr. 1516 Kirchenverordnung die Rechtsverhältnisse der Hof- und Domgemeinde zu Braunschweig betreffend. In dieser Verordnung werden auch einige Straßen genannt, die zur Domgemeinde gehören.
- 14 Amtsblatt des Herzog Braunschweig-Lüneburgischen Konsistoriums 21. Juli 1911 Nr. 1487 Inkrafttreten der Kirchengemeindeordnung vom 11.6.1898 betreffen § 6 „Auf die Hof- und Domgemeinde in Braunschweig ... findet die Kirchengemeindeordnung einstweilen keine Anwendung.“ Über die Verhältnisse in den Stadtkirchen im vorigen Jahrhundert Klaus Jürgens „Ev.-luth. Kirche in einer

werdenden Großstadt“ in „Gott dem Herrn Dank sagen“ Festschrift Für Gerhard Heintze 2002
S. 243 - 252

15 Braunschweiger Sonntagsblatt 19.10.1913

16 Predigt in BV 9.11.1913 358 f

17 Es fällt allerdings auf, dass in der Kirchenpresse der Bericht vom Einzug des Herzogpaares sehr viel verhaltener klingt als in der bürgerlichen Presse. Freude und Leid lägen dicht beieinander. In derselben Staatskarosse habe vor wenigen Tagen erst der beliebte Prinzregent Johann Albrecht seine Abschiedsfahrt zum Bahnhof angetreten, und wehmütige Erinnerungen gingen dem jungen Herzog Ernst August durch den Kopf, der erst durch den Tod seines älteren Bruders den Thron besteigen konnte, daher sein ernstes Gesicht an der Seite seiner jungen Frau. Die Gunst des Volkes sei wandelbar und die Begeisterung nicht echt. Der Bericht erwähnt auch die Gegendemonstration im Konzerthaus einen Tag zuvor am Sonntag und eine weitere im Querumer Holz. Wo bleibe im übrigen die angekündigte Volksspeisung? (BV 9.11.1913 362)

18 Victoria Luise Bilder aus der Kaiserzeit Göttingen 1969 S. 148/149 Das Konfirmationsbild und Abschlusszeugnis S. 146/147

19 Einen erschütternden Bericht über die Unselbständigkeit von Victoria Luise und daraus resultierend ihr Abhängigkeit von dem rechtsradikalen Verleger Schlüter, der alle ihre Bücher schrieb, wie Roloff am ersten Vortragsabend ausführte und die BZ ausgiebig berichtete in: Ingeborg Borek, Meine Erinnerungen an die Tochter der Kaisers, Braunschweig 1990
War es ein frommes, ein kirchliches Herzogpaar? Wer Victoria Luise im Alter in Riddagshausen erlebt hat, bekundet, sie sei eine fromme Frau gewesen. Das hat man auch von ihrem Vater berichtet. Frömmigkeit widersprach nicht dem militärischen Milieu, das er pflegte und das seine Tochter so ausgiebig beschrieben hat. Pietismus und Patriotismus hatten in der deutschen Frömmigkeitsgeschichte eine lange Tradition. Ich lese dafür folgendes Beispiel vor: „Seine Majestät der Kaiser hat gelegentlich eines Besuches, den er am 11. September den Kruppschen Werken abstattet, folgende Ansprache an die Angehörigen des Werkes gerichtet: Wir haben ein schönes Wort, das uns die Heilige Schrift zuruft, das heißt: „Alle eure Sorge werfet auf ihn, denn er sorgt für euch.“ Das soll heißen, dass wir die irdischen Sorgen von uns werfen, damit wir frei sind für unsere Aufgaben. Wie können wir Gott gefallen und sein Herz erreichen? Dadurch, dass wir unsere Pflicht tun. Voran steht unsere Pflicht, unser Vaterland frei zu machen, in folgedessen haben wir auch die Verpflichtung, mit allen unseren Kräften auszuhalten im Kampf gegen unsere Feinde. Jeder von uns bekommt seine Aufgabe zugeteilt, du an deinem Hammer, du an deiner Drehbank und ich auf meinem Thron. Wir müssen aber alle auf Gottes Hilfe bauen. Und der Zweifler ist der größte Sünder gegen den Herrn. Wir haben

oftmals daheim und im Felde, in der Kirche und unter freiem Himmel „Ein feste Burg ist unser Gott“ gesungen, dass es hinausgeschallt hat in des Himmels Blau und in Gewitterwolken hinein. Ein Volk, aus dem ein solches Lied entstanden ist, das muss unbezwingbar sein. Wir wollen kämpfen und durchhalten bis zum Letzten. Dazu ver helfe uns Gott“. (Schöninger Anzeiger 3.10.1918))

Der Kaiser hat öfter selber gepredigt und vor seinen Familienangehörigen ein Zeugnis von seinem Glauben abgelegt. Auch dieser Text stammt von ihm. Es ist der 11. September 1918. Die deutschen Truppen an der Front bewegen sich rückwärts. Der Krieg, der schon im Spätherbst 1914 nicht mehr zu gewinnen war, war verloren. Nun mußte des Kaisers Gott zum Endsieg verhelfen. Aber wenige Tage später drängte Ludendorff den Kaiser zum Waffenstillstand. Der Glaube wird persönlichen Interessen und politischen Zielen dienstbar gemacht, eine Versuchung nicht nur für Kaiser.

- 20 BAA 5.11.1913 Die Uniform des Gentleman.“ „Und so sah man jüngst Mr. Gerard im gewöhnlichen Gesellschaftsanzug, den Zylinderhut auf dem Kopfe, die Galakarosse besteigen, die ihn nach dem königlichen Schlosse in Berlin zur Aufwartung beim deutschen Kaiser führte. Präsident Wilson betont, wie man sieht, sein demokratischen Grundsätze auch in scheinbar nebensächlichen und äußerlichen Dingen.“
- 21 Benjamin Hasselhorn Politische Theologie Wilhelms II. Berlin 2012 144 - 163
- 22 LAW S 1554 Änderung der Kirchengebete
- 23 Landeskirchliches Amtsblatt 6.11.1913 S. 131 Nr. 1686
- 24 Gesetze und Verordnungssammlung 1913 Nr. 63 S. 342
- 25 Volksfreund 3.11.1913. Wagner proklamierte: „Wir treten deshalb für die Republik ein, für ein einiges Deutschland ohne Kleinstaaterei“.
- 26 Volksfreund 13.11.1913.
- 27 BV 30.11.1913
- 28 BV 15.12.1913
- 29 Vf (Volksfreund) 28.11.1913
- 30 Neues Landes Adressbuch für die ländlichen Bezirke des Freistaates Braunschweig Braunschweig o.D. Gesine Schwarz „Die Rittersitze des alten Landes Braunschweig“ Braunschweig 2008, mit sehr schönen Fotos von Jutta Brüdern, auch mit Angaben zum Besitzstand, aber ohne gesellschaftspolitische Einordnung.
- 31 Rainer Rother (Hg) Die letzten Tage der Menschheit Bilder des ersten Weltkrieges Ausstellungskatalog Berlin 1994 Darin Gerd Krumeich Bilder vom Krieg vor 1914 37 - 46
- 32 BV 16.2.1913 54
- 33 BV 9.11.1913

34 Das Lied von Theodor Körner war ein beliebte, volkstümlicher Choral

Auf bleibet treu und haltet fest
so wird euch mehr gelingen
wer sich von Gott nicht scheiden läßt
der kann die Hölle zwingen
Der alte Gott, der deutsche Gott
läßt sich noch immer schauen
und macht des Teufels List zu Spott
und seinen Stolz zu Grauen
Denn Treu steht zuerst , zuletzt
im Himmel und auf Erden
wer ganz die Seele drein gesetzt
dem wird die Krone werden
Drum mutig drein und nimmer bleich
denn Gott ist allenthalben
die Freiheit und das Himmelreich
gewinnen keine Halben

35 Sonntagsausgabe BLZ 19.10.1913

36 Braunschweiger Sonntagsblatt 19.11.1913

37 ebd 23.11.1913; ausführlich in BAA 17.11.1913. Keim : „Ich hasse die Verteidigung als alter Soldat.

Wir müssen den Krieg in Feindesland tragen und nicht erst warten bis wir angegriffen werden.. In der Friedensbewegung liegt eine große Gefahr für die Manneskraft.“

38 Beiblatt Nr. 30 der Christlichen Welt

39 BV 7.12.1913 S. 395 Der ewige Friede. BAA 26.11.1913 „Gegen General Keim“. Über Nithak Stahn:

„hier bestens bekannt“. Danach fanden sich nur zwei Befürworter, einer aus dem Arbeiterstand und ein weiterer aus der Akademikerschaft.

EINWÜRFE ZUM KUESSNERVORTRAG VON ROLOFF UND LUDEWIG

Roloff:

1. Für besonders wichtig halte ich die Ausführungen über „das alte System auf dem Lande“, da Ludewig und ich fast nur über Bürgertum und Arbeiterschaft, also über die Stadt Braunschweig gesprochen haben, die aber nur ein Drittel der Bevölkerung des Landes ausmachte. Auf den Dörfern, vor allem dort, wo die meist adligen und durchweg konservativen Gutsherren u.a. als Patrone der Kirchen und über die lohnabhängigen Landarbeiter herrschten, dominierte einerseits der deutschnationale Landbund, andererseits die radikale USPD.

2. Der von Kuessner geschilderte Konflikt zwischen Staatsregierung und Lehrerschaft, die 1913 u.a. die in Preußen bereits 1872 vollzogene Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht forderte, provoziert die Frage, ob ein Anschluss Braunschweigs an Preußen nach 1884 wirklich eine finale Katastrophe gewesen wäre.

3. Schließlich rundet Kuessners Schilderung der Uniformierung (Militarisierung) der kirchlichen Rituale das Bild der allgemeinen Preußifizierung des öffentlichen Lebens anschaulich ab, das auch nach der Revolution äußerlich weiter gepflegt wurde, trotz Abschaffung des „Gottesgnadentums“ der Monarchen und der grauenhaften Erfahrungen des Krieges.

Genau hier sehe ich übrigens den Ansatz für weiterführende Vergangenheitsbewältigung: War mental der 1. Weltkrieg („Schmach von Versailles“) wirklich das Ende des militanten Nationalismus (Zweites Reich) oder eher eine Pause vor der Fortsetzung durch „Das Dritte Reich“ ?

Ludewig:

War die Bevölkerung des Herzogtums eigentlich fromm/religiös?

Kuessner:

O das ist schwierig zu beantworten. Was ist das Kriterium für fromm-religiös? Der Gottesdienstbesuch? Es gibt viel Religiosität außerhalb der Kirche. Auch die Sozialdemokraten legten Wert darauf, zwar gegen die Staatskirche zu sein aber durchaus für Religion. Also mehr ein religiöses Bewußtsein? Helmut Schelsky fragte schon in den

50er Jahren: Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Mit Dauerreflexion meinte er das religiöse Bewußtsein. Man müsste auch den Religionssoziologen befragen. Also ein weites Feld.

Ludewig:

Zu Ihrem Vorwurf eines national-konservativen Geschichtsverständnisses, das zudem dem Gesichtspunkt des Stadtmarketing unterworfen sei.

Solche Überlegungen hat es sicherlich gegeben, aber von heute aus gesehen sehe ich bei vielen Vorträgen und Veranstaltungen ein solches Geschichtsverständnis nicht vorherrschend. Das ist sicherlich auch den vielen, sehr unterschiedlichen Initiativen geschuldet. Ich verweise u.a. auf die Ausstellung im Landesmuseum und den dazu erschienen Katalogband. Die Ausklammerung von 1914 und der folgenden Entwicklung halte ich auch für sehr problematisch. Aber auch diese Auffassung ist nicht nur dem Stadtmarketing geschuldet; sie spielt z.Zt. auch in der Geschichtswissenschaft eine Rolle. Christoph Stölzl, der Vordenker von „2013“, vertritt sie und Florian Illies hat sie mit seinem Buch populär gemacht.

Kuessner:

Umso schlimmer.

IMPRESSUM

Herausgeber:
**Theologisches Zentrum
Braunschweig**
Alter Zeughof 1
Tel.: 0531 - 12054-0
Fax: 0531 - 12054 -50
sekretariat.thz@lk-bs.de
www.atelier-sprache.de

Evangelisch-lutherische
Landeskirche in Braunschweig



Herstellung: Druckzentrum Neumünster

